

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Montag, den 21. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Lehrerliberalismus und Sozialdemokratie.

In der „Pädagogischen Zeitung“, dem Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, veröffentlicht ein Berliner Lehrer einen Artikel über Liberalismus und Volksbildung. Wenn man von einigen lörichtigen Bemerkungen über die Sozialdemokratie abseht, die nur beweisen, daß dem Manne das Verständnis für diese politische Bewegung vollständig abgeht, enthält der Artikel eine zutreffende Kritik der liberalen Unterlassungsünden auf dem Gebiete der Schule und der Volksbildung. Er weist nach, wie der Liberalismus von seinem ehemaligen schreibbaren Eifer für die Weiterbildung allmählich herabgesunken und im Sumpfe der Gleichgültigkeit und der verflachten Feindschaft gegen Lehrer und Schule angelangt ist. „Und wie langsam hat sich das Volksschulwesen auch in den Städten entwickelt, die vom Liberalismus beherrscht werden!“ Man solle aber nicht vom „Kommunal-liberalismus“ reden und durch dies Wort „dem Liberalismus die Verantwortung abnehmen für das Tun von Männern, die er in seinen Reihen, oft in führender Stellung, duldet“. Und so kommt der Verfasser zu dem für die Schulpolitik des Liberalismus geradezu vernichtenden Schluß: Wenn man heute das Verhältnis zwischen Liberalismus und Lehrerschaft vorurteilslos betrachtet, so muß man bald zu der Überzeugung kommen, daß der Liberalismus uns und unser Ringen und Kämpfen nicht mehr berührt.“

Auch die Ursache dieser Volksschul- und Volksbildungsfeindseligkeit des Liberalismus erkennt der Verfasser, er sieht sie ganz treffend in der „Furcht des Liberalismus vor der erwachenden deutschen Arbeitererschaft“. Und auch über die Wirkung ist er sich nicht im unklaren: „man kann aber auch ganz deutlich beobachten, daß in demselben Maße wie der Liberalismus zurückweicht, die Sozialdemokratie seine alten Forderungen aufnimmt, zu den ihrigen macht und für sie eintritt.“

Der Artikel will den Liberalismus durch diese Betrachtungen zu einer frischeren Schulpolitik ermuntern, ein Beginnen, das bei der ganzen Struktur des Liberalismus erfolglos bleiben muß.

Aber um so wertvoller ist der Artikel zur Beleuchtung eines jüngsten aufsehenerregenden Zitterereignisses, das die Lehrerschaft und die Arbeiter in gleichem Maße angeht: wie meinen das unerhörte Vorgehen der liberalen bremischen Schulbehörde und der liberalen bremischen Lehrerschaft gegen die sozialdemokratischen Lehrer Bremens, die ein Telegramm an Bebel geschickt haben. Wenn die ehrlicheren Elemente der deutschen Lehrerschaft selbst anerkennen müssen, daß der Liberalismus in allen Fragen der Schulpolitik völlig versagt, daß er nicht einen Finger rührt zur Durchsetzung auch nur einer der alten Lehrerforderungen; wenn sie ferner zugeben, daß die Sozialdemokratie diese alten Forderungen „zu den ihrigen macht und für sie eintritt“, um wieviel niederrückiger stellt sich dann das heimliche Verhalten der 500 bremischen Lehrer dar, die ihren sozialdemokratischen Kollegen in den Rücken gefallen sind! Um wieviel mehr haben dann die deutschen Lehrer, insbesondere ihre führenden Elemente, die heilige Pflicht, mit größtem Nachdruck gegen die brutale Handlungsweise des liberalen bremischen Senats, der mit echt kaufmännischer Gebärde die Lehrermassregelungen gleich ein gros betreibt, Protest zu erheben und damit zugleich für die gemäßigten Kollegen einzutreten!

Der Artikelschreiber meint zwar, „auch heute ist der größte Teil der Volksschullehrer noch liberal“. Aber zunächst muß er zur Glaubhaftmachung dieser Behauptung schon einen besonderen „echten“ Liberalismus konstruieren, der mit dem Parteiliberalismus nicht übereinstimmt. Die bremischen Lehrer haben sich aber das Recht genommen, auch auf solchen undefinierbaren „echten“ Liberalismus resolut zu verzichten und sich statt dessen der einzigen Partei anzuschließen, bei der die Schulforderungen der Lehrerschaft und eines einstigen besseren Liberalismus noch energische Vertretung finden, der Sozialdemokratie. Und das soll den Lehrern verwehrt sein? Haben sie nicht zunächst das Recht jedes Staatsbürgers in einem Staate, in dem die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu den Verfassungsgrundlagen gehört, und in dem es ein geheimes politisches Wahlrecht gibt, sich einer Partei anzuschließen, deren Programm sie auf Grund ernstest Nachdenkens für das einzig richtige halten? Und haben sie nicht als Lehrer doppelt und dreifach das Recht, in die Pflicht, die einzige Partei zu unterstützen, die ihre guten alten Schulforde-

rungen zu den ihrigen macht und für sie eintritt“?

Der Verfasser bleibt die Antwort auf diese Fragen schuldig. Aber die „Pädagogische Zeitung“ selbst gibt sie indirekt. Dasselbe Blatt, das stets in den Tönen höchster Empörung losdonnert, wenn einem Volksschullehrer Unrecht oder Gewissenszwang von einem völkischen Junker oder von einem katholischen Pfaffen oder Bischof geschieht, dasselbe Blatt hat bisher noch kein noch so laies Wort der Kritik gegen das schamlose Vorgehen der liberalen bremischen Schulbehörde gesunden! Und dasselbe Blatt, das über die als Regierungstruppe in konservativem Fahrwasser segelnden Landlehrer Preußens nicht genug des Hohns und des kollegialen Großs anspricht, dasselbe Blatt billigt augenscheinlich das liebedauerliche, unmännliche und verräterische Verhalten der liberalen Mehrheit der bremischen Lehrerschaft gegenüber ihren in der Opposition befindlichen Kollegen! Billigt augenscheinlich die intolerante, brutale Maßregelungswut des bremischen Senats! Geht es doch gegen sozialdemokratische Lehrer! Und sind doch Sozialdemokraten minderen Rechts, nicht nur in den Augen irgendeines bornierten pommerischen Junkers, sondern auch nach der Meinung eines echten „Liberalen“.

Wie aber ist dieses Verhalten des bremischen Liberalismus und seiner Lehrer zu erklären? Aus denselben Eigenschaften, die dem Liberalismus seit seinem Bestehen zum Verhängnis geworden sind, und die — wie der Verfasser des Artikels in der „Pädagogischen Zeitung“ schreibt — seinen Rückgang verschuldet haben: „Der Mangel an Konsequenz, die Politik der Halbheiten.“

Nun, die Sozialdemokratie und mit ihr die sozialdemokratischen Lehrer Bremens treiben keine Politik der Inkonsequenz und der Halbheiten, und darum werden sie ihren Weg weiter gehen, allen Brutalitäten liberaler Schulbehörden und aller servilen Feigheit liberaler Lehrer zum Trotz!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Furcht vor den nächsten Reichstagswahlen.

Mit welcher bängigen Sorgen man in den Reihen der „staatsverhaltenden“ Parteien und wohl auch der Regierung den nächsten Reichstagswahlen entgegensteht, erhellt aus einem Artikel der oftmals offiziös benutzten nationalliberalen „Straßburger Post“. Er redet einem neuen Zusammenschluß der Parteien des Bülow-Blocks das Wort und berechnet für die nächste Reichstagswahl 125 sozialdemokratische Mandate, 110 Zentrumssitze und 25 polnische Sitze und teilt so dem „Alten Antiblock“ die gewaltige Mehrheit von 260 Mandaten zu, gegen 140, die für den „ehemaligen nationalen Block“ übrigbleiben. Von diesen 140 sitzen den Liberalen wohl zwei Drittel, das heißt fast dann weiter:

„Wer einen ungeklärten Fortgang unserer Wirtschaftspolitik wünscht, kann unmöglich einen Reichstag von ähnlicher Zusammensetzung wünschen, wie wir ihn oben angeführt der gegenwärtigen politischen Verhältnisse voraussetzen mußten. In der Regierung ist es, ihre Untätigkeit aufzugeben — an den Konservativen ist es, sich aus der klerikalen Ungarnung soweit zu befreien, daß ein ehrliches und freundliches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien wieder möglich wird. Noch ist vielleicht für die Konservativen die Zeit zur Umkehr, für die Regierung die Zeit zur Tat, aber die Erinnerung an das letzte Jahr wird schwerlich noch ausgelöscht werden können; und schwerlich wird, wenn nicht eine ganz besonders geartete Wahlparole unser Volk vereint, der im nächsten Jahre zu wählende Reichstag wesentlich besser aussehen, als wir ihn oben geschildert haben!“

Die Angst beflügelt hier die „nationale“ Phantastie in ähnlicher Weise, wie feinerzeit bei anderen Wahlrechts-umsturzstatistikern, die ganz unmögliche Möglichkeiten sozialdemokratischer Erfolge herausrecheneten. So ähnlich steht es auch mit den 125 Mandaten, die der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen in Aussicht stehen sollen. Die Zahl ist ganz augenscheinlich aus der Angst geboren. Aber auf die Zahl selbst kommt es nicht so sehr an. Insofern hat der „nationale“ Mahner die richtige Witterung, daß die nächsten Wahlen voraussichtlich einen großen Erfolg bringen werden. Dazu haben ja Regierung und Parteien ihren Teil beigetragen durch ihre völkfeindliche Politik nicht nur auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, sondern auf allen möglichen Gebieten, nicht zum wenigsten in der präkühlen Wahlrechtsfrage. Das reaktionäre Beginnen der Regierung und der Parteien wird bei den kommenden Reichstagswahlen die Vergeltung finden, die es verdient hat.

Aber ganz davon abgesehen, wird der Erfolg der Sozialdemokratie ein sozusagen naturgemäßer sein. Man muß sich nur erinnern, daß 1907 die „Niederlage“ der Sozialdemokratie in Wirklichkeit ein unerhörter Erfolg war, da es ihr, dem ganzen „nationalen“ Lantam zum Trotz, gelang, ihre Stimmenzahl noch um eine Viertelmillion zu erhöhen. Mit Hilfe der Mobilmachung der Dummen und Faulen gelang es nur, ihr drei Duzend Mandate abzugeben. Aber die Wähler sind uns geblieben; sie haben sich sogar damals vermehrt, und inzwischen sind weitere Anhänger-scharen gewonnen worden. Das muß bei den nächsten Wahlen in eklatanter Weise zum Ausdruck kommen, denn inzwischen ist auch ein Teil der „Nichtwähler“ von ihrer Dummheit resp. Faulheit kuriert worden und der Steuerdruck wirkt gegenwärtig in dieser Hinsicht Wunderdinge. So ist Aussicht, daß die nächsten Wahlen nicht nur weit machen, was 1907 verloren, sondern unsere Erfolge darüber hinausgehen.

Die „ganz besonders geartete Wahlparole“, nach der das Straßburger Blatt ruft, wird so leicht nicht zu finden sein. So schnell hintereinander lassen sich die Wähler nicht über den Köffel barbieren. Was 1907 gelang, wird 1911 nicht schon wieder gelingen. Die Wähler fühlen heute, was sie sich damals eingebrockt haben. Da ist denn die Angst auf der „nationalen“ Seite zu verstehen.

Die Verbrüderung der Liberalen und Konservativen im Weimarer Landtage

hat sich jetzt wieder vollzogen. In liberalen Kreisen jubilierte man nach den Wahlen darüber, daß die Macht der Konservativen im Landtage drochen sei. Nach dem Zusammentritt des Landtages wurde verkündet, daß die Freisinnigen und Nationalliberalen eine Fraktionsgemeinschaft eingegangen sind, um geschlossen die liberalen Interessen zu vertreten. Obwohl diese „liberale“ Fraktionsgemeinschaft ebensowenig wie die Konservativen über die absolute Mehrheit im Landtage verfügten, besaßen sich die Liberalen in der angenehmen Lage, diese Mehrheit durch die Unterstützung der Sozialdemokraten zu erhalten, sofern es sich um prinzipielle liberale Forderungen handeln würde. Natürlich hätten sich da die Nationalliberalen dazu bequemen müssen, den so oft angekündigten „Ruck nach links“ auch in die Tat umzusetzen. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Schon bei der ersten Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen für die Bezirksauschüsse, wo also prinzipielle politische Fragen in Betracht kamen, ging die liberale Fraktionsgemeinschaft aus dem Leime. Der Führer der Nationalliberalen, Abg. Dr. Appellus, der im Eisenacher Wahlkreise kürzlich gegen unseren Genossen Leber unterlag, erklärte auf die gegen den Liberalismus wegen seines Verhaltens gerichteten Angriffe des Abg. Baudert, daß sie mit den Sozialdemokraten nicht gehen könnten, weil diese beim Stat. verschiedene Posten nicht bewilligten. Die Liberalen verschlechterten die Vorlage durch einen Antrag, in dem sie einen Teil der Wünsche der Konservativen aufnahmen. Da die Sozialdemokraten erklärt hatten, nur dann für die Regierungsvorlage stimmen zu können, wenn die Liberalen eine entsprechende Verbesserung, wie Wahl eines Teiles der Bezirks-Ausschuß-Mitglieder durch allgemeine direkte Wahlen vornehmen würden, und die Konservativen sich ganz entschieden dagegen wehrten, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen, schwenkten die Nationalliberalen zu den Konservativen über. Und zum Schluß stimmte sogar ein Teil der Freisinnigen für die verschlechterte Regierungsvorlage.

Und das nennt sich liberal!

Bethmann-Hollweg als Milchagrарier.

In einer freisinnigen Versammlung in Charlottenburg teilte der Stadtverordnete Justizrat Flatau mit, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg noch heute mit einer großen Anzahl von Anteilseignern an der verkrachten Milchzentrale beteiligt und in der Liste der Genossen unter No. 287 eingetragen sei.

Ein deutsch-ägyptisches Handelsabkommen

ist in Kairo von dem dortigen kaiserlich-deutschen diplomatischen Agenten und dem Vertreter der ägyptischen Regierung unterzeichnet worden. Dadurch wird die Dauer des bisherigen Handelsabkommens bis Ende 1912 verlängert.

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Die scharfmacherische „Post“ ruft nach dem Staatsanwalt, weil die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ein Bild von den Polizeiatacken brachte. Das scharfmacherische Blatt erblickt darin eine Aufreizung und verlangt, daß die Führer und „Heger“ als Urheber der Straßenkrawalle der verdienten Strafe überliefert werden. Wenn der Staatsanwalt „Heger“ lassen will, so muß er

Die „Post“-Leute zuerst beim Schopf nehmen, denn maßlos ist wohl nie geachtet worden, als wie es dieses Organ in den letzten Wochen geliebt hat.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Hermes ist Sonnabend nachmittags 5 Uhr an einem Schlaganfall gestorben. Er nahm noch bis zu Beginn der Osterferien an den Reichstags-Sitzungen teil, am Sonnabend zeigte sich ein leichtes Unwohlsein, das zu dem Schlaganfall führte. Hermes ist 71 Jahre alt geworden. Er gehörte dem Reichstage von 1881 bis 1884 und ununterbrochen seit 1887 an. Auch dem preussischen Abgeordnetenhaus hat Hermes 12 Jahre lang als Vertreter des ersten Berliner Landtagswahlkreises angehört. Hermes war eng befreundet mit Richter und Parisius; er hat in der ehemaligen Fortschritt- und späteren Freisinnigen Volkspartei eine zentralistische Rolle gespielt.

Durch seinen Tod macht sich eine Reichstagsnachwahl im schlesischen Kreise Tauer-Bolkowen notwendig. Bei der Wahl 1907 erhielt im ersten Wahlgang Hermes 5728, der freikonservative 5050, der sozialdemokratische 5019 und der Zentrumskandidat 4307 Stimmen; in der Stichwahl folgte Hermes mit 9340 gegen 7495 freikonservative Stimmen.

Militär konfigniert.

Wegen angeblich zu erwartender sozialdemokratischer Demonstrationen wurde die Rathenower Garnison am 18. März von 4 Uhr nachmittags an in den Kasernen konfigniert. Selbst das Lazarett war in dem Befehl mit einbezogen worden. 100 Husaren hatten den Befehl, sich feindmännisch bereit zu halten. — Dabei waren von Seiten der örtlichen Parteileitung keinerlei Veranstaltungen geplant.

Wirkung des Schnapsboikotts.

Gegenüber den Hinweisen der Parteipresse auf die erfreuliche Tatsache, daß der Alkoholverbrauch zu Trinkzwecken infolge des sozialdemokratischen Schnapsboikotts in den vier Monaten Oktober—Januar um ein volles Drittel gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen ist, war von der Feuilletonpresse behauptet worden, daß dieser Rückgang nur eine Folge des milden Winters sei und daß das Bild sich bald ändern müsse. Es liegen nunmehr auch die Ziffern für den fünften Monat seit dem Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes vor. Das Bild hat sich aber erfreulicherweise nicht geändert. Es betrug

	1908/09	1909/10
Alkoholverzeugung	2 646 420 Liter	2 209 015 Liter
Gewerblicher Verbrauch	753 813 „	794 719 „
Trinkverbrauch	1 073 284 „	739 286 „

Wie ersichtlich, hat der starke Rückgang des Alkoholverbrauchs zu Trinkzwecken weiter angehalten; er betrug für die letzten fünf Monate über 31 Prozent. Während er voriges Jahr noch den gewerblichen Verbrauch um ein Drittel übertraf, bleibt er jetzt um ein erhebliches hinter ihm zurück. Trotz einer ziemlich bedeutenden Steigerung des gewerblichen Verbrauchs mußte die Alkoholverzeugung dem weidenden Trinkverbrauch folgen und ist gegen das Vorjahr um 16 Prozent zurückgegangen.

Eine Abrechnung mit den Nationalliberalen vollzieht in ihrer Sonntagsnummer die „Kreuzzeitung.“ Sie wirft ihnen vor, daß sie sich immer mehr nach links entwickeln und in vollständiger Abhängigkeit zu den Fortschrittlichen geraten, was sich besonders bei dem Verhalten zur preussischen Wahlreform zeige. Weiter hat die „Kreuzzeitung“ an den Nationalliberalen auszuführen, daß sie entgegen ihrem früheren Standpunkt jetzt die Einmischung anderer Bundesstaaten in preussische Verhältnisse billigen, daß sie im neuesten Fall Döbering den Linksliberalen beigetreten sind, daß sie entgegen einer Abmachung in der Budgetkommission für höhere Unterstützung der Tabakarbeiter eintreten wollten und endlich, daß sie noch immer für die Erbschaftsteuer reden. Das alles lasse es für die nächste Zeit als absolut ausgeschlossen erscheinen, daß Konservative wieder mit Nationalliberalen zusammengehen könnten. Zum Schluß bemerkt die „Kreuzzeitung“:

„Man erzählt sich nun, daß es im Vorstande der nationalliberalen Partei „Krisen“ und sei die Mehrheit mit der besonders dem Abg. Wassermann zur Last gelegten unfruchtbaren Oppositionspolitik einer so gar nicht liberalen Regierung gegenüber unzufrieden. Man findet es auffällig, daß Herr Wassermann am Montag vor der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes und des Reichsanwalter und vor der Erörterung der auswärtigen Politik plögl. für den Rest der Tagung abgereist ist; man findet diese plötzliche Abreise um so auffälliger, als der Abg. Wassermann es sich sonst nicht nehmen ließ, zur auswärtigen Politik zu sprechen, und als er sich auch diesmal gerade für Montag zum Wort gemeldet und den Vorträgen noch gebeten hatte, ihn möglichst früh zu Worte kommen zu lassen. Man erinnert sich, daß am Sonntag eine Anschließung der nationalliberalen Partei stattgefunden hat und man vermutet, daß dort sich kein Anhang als bedeutend zusammengeschlossen erwiesen hat. Wir wollen aus alledem keine weiteren Schlüsse ziehen, denn vielleicht sucht sich Herr Wassermann nur einen neuen Wahlkreis.“

Die Nationalliberalen werden schon rechtzeitig zu Kreuze kriechen. Man kennt ja seine Pappenheimer!

Verkommenen Liberalismus.

In der „Nationalzeitung“ beschäftigte sich der bekannte Reaktionsprofessor Dr. Leidig mit der Zukunft der Nationalliberalen. Nach einigen Seitenhieben gegen den Bund der Landwirte kommt er auf die Sozialdemokratie zu sprechen und leistet sich dabei folgende Probe des wahrhaften Liberalismus:

„Die Nationalliberale Partei wird und muß vor allem auch an ihrer scharfen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie festhalten, und unzweideutige Erklärungen unserer Führer und der Fraktionen im Reichs- und Landtage ergeben klärl. daß die Nationalliberale Partei, wozu auch hier und da sich andere Wünsche bei einzelnen zeigen, davon festhält, die Sozialdemokratie als bündnisunfähig zu bezeichnen, solange diese Partei in ihrer Politik und in ihrem Schaffen sich außerhalb des Rechtszustandes unseres deutschen Nationalstaates stellt.“

Bei politischer Repräsentation haben die Nationalliberalen nicht mehr zu verlieren. Männer vom Schlage des Professors Leidig schenken ihnen den Rest nach weg.

Die Auflösung des Dreiklassenparlamentes

wird in einem Artikel der „Nationalzeitg.“ gefordert, da sonst die Regierung sich in einen allzu starken Widerspruch mit der Bevölkerung setzen werde. — Zweifellos wäre es nicht mehr als recht und billig, wenn das preussische Volk sein Veto über dieses Wahlrechtsmonstrum abgeben würde. Die Regierung aber wird sich hüten, diesen durchaus berechtigten Wünschen zu entsprechen. Sie weiß, warum!

Wozu der bayerische Staat Geld hat.

Die bayerische Regierung hat eine Vorlage eingebracht, nach der die Postfreiheit des kaiserlichen Hauses von Thurn und Taxis abgelöst werden soll. 400 000 Mk. beträgt der Kaufpreis für dieses alte „Recht“.

1808 ging die Verwaltung der Posten aus den Händen des Hauses Thurn und Taxis an den bayerischen Staat über. Der Fürst des Hauses erhielt dabei für sich und seine Nachkommen einmal die kostbare Würde eines „Königlichen Erb-Reichs-Oberpostmeisters“, jetzt eines „Erblichen Kron-Ober-Postmeisters“, sowie für sich und sein fürstliches Haus das Brief- und Postwagenfreitum, dann für seine Räte, Stellen- und Hofkavaliere das Briefreitum und für noch weitere sechs Individuen aus der Dienerschaft des fürstlichen Hauses das Freitum auf den Postwagen der Monarchie. Das Privileg wurde 1831 noch ausgedehnt auf die fürstlichen Stellen, Behörden und Ämter.

Vor einigen Jahren hat der Chef des Hauses Thurn und Taxis noch erklärt, daß er in dem seinem Hause eingeräumten Privileg ein Ehrenrecht erblickt, dessen Ablösung durch Geld nicht tunlich sei, auf das er aber gegen Gewährung anderer Ehrenrechte freiwillig zu verzichten bereit wäre. Es ist bekannt, daß der Fürst ohne Entschädigung verzichten wollte, wenn man ihm bei Hofen höheren Rang eingeräumt hätte. Er wäre dadurch auf der höchsten Hinkelseiter um eine Sprosse höher gekommen. Der Staat ließ sich aber nicht frei machen und deshalb soll das Volk für diese Geschenke 400 000 Mk. zahlen.

Es ist geradezu rührend, wie die Regierung in ihrer schriftlichen Begründung sich bemüht, dem Landtage und selbst dem fürstlichen Hause zu beweisen, daß diese Postfreiheit kein Ehrenrecht, sondern „ein auf Vertrag beruhendes, dem fürstlichen Hause gegenüber den bayerischen Staat zugehöriges Privatrecht vermögensrechtlicher Natur“ sei. Und das muß erst bewiesen werden, trotzdem dieses „Ehrenrecht“ heute einen Geldwert von jährlich ca. 18 000 Mark darstellt, der dadurch zustande gekommen ist, daß „ein Drittel aller Pakete, die die fürstliche Verwaltung versendet, mit Rücksicht auf ihren Inhalt, ihre Form oder ihr hohes Gewicht“ mit der Post anstatt mit der Eisenbahn verschickt worden ist. Die Staatsregierung fürchtet nun, daß das fürstliche Haus nach Erwerbung einer Zuckersabrik in Ausübung des Ehrenrechtes noch mehr Pakete mit der Post verschickt als bisher und will deshalb ablösen.

Das fürstliche Haus von Thurn und Taxis hat sich endlich überzeugen lassen, daß es sich nicht um ein Ehrenrecht handelt und läßt sich die Postfreiheit für 400 000 Mark abkaufen. Aller Voraussicht nach wird die Mehrheit der Kammer zu diesem Handel Ja und Amen sagen.

Es ist ein Skandal, wie mit dem Gelde der Steuerzahler umgesprungen wird!

Vom württembergischen Volksschulwesen.

Eine Neuregelung der Aufsicht im württembergischen Volksschulwesen ist durch eine Verfügung des Kultusministers zum Volksschulgesetz erfolgt. Aber die neuemgegründete sachmännliche Bezirkschulaufsicht ist bestimmt, daß der Umfang der einzelnen Schulaufsichtsbezirke jeweils durch besondere Verfügungen festgesetzt wird. Die Befähigung zum Amt eines Bezirkschulaufsichters ist in der Regel durch Bestehen der höheren Prüfung für den Volksschuldienst nachzuweisen. Zu einem Aufsichtsamte im Volksschuldienst und zum Lehramt an den Lehrerbildungsanstalten können in besonderen Fällen durch das Kultusministerium auch solche im praktischen Dienst erprobte Personen, die die höhere Prüfung für den Volksschuldienst nicht bestanden haben, zugelassen werden. Aber die vielumstrittene Beaufsichtigung des Religionsunterrichts ist in der Verfügung gelöst: daß den kirchlichen Behörden weder eine selbständige Verfügungsgewalt gegenüber der Schule, noch eine Disziplinargewalt gegenüber den Lehrern zukommt. Demgemäß können Verfügungen der Kirchenbehörde in bezug auf den Religionsunterricht vorbehaltlich einer Prüfung vom Standpunkt des staatlichen Obergerichtsrats nur durch die staatliche Schulaufsichtsbehörde zur Nachprüfung veranlaßt werden. Ebenso sind die letzteren anzurufen, wenn es sich um die Befähigung von Anstalten handelt, die sich gegen einen mit Religionsunterricht beauftragten Lehrer ergeben. Die kirchlichen Visitationen in den Volksschulen können sich nur auf den Lehrplanmäßigen Religionsunterricht erstrecken. Eine besondere Verfügung enthält eine möglichst genaue Abgrenzung des Wirkungsbereiches des Ortschulrates, der sich ausschließlich auf dem Gebiete der Schulpflege zu betätigen hat. Erwähnt sei noch die Verfügung, daß die achtjährige Schulpflicht entweder für alle Volksschüler der Schulgemeinde oder nur für einen bestimmten Teil derselben beschlossen werden kann.

Osterreich-Ungarn.

Gefinnungslumperci. Aus Budapest schreibt man der „Leipz. Volksztg.“: Eine der interessantesten Erscheinungen im öffentlichen Leben Ungarns bildet zurzeit der rasche Gefinnungswandel der bürgerlichen Presse. In der langandauernden Krise sind die verschiedensten Lösungsprojekte aufgetaucht, man wußte nicht, welche politischen Persönlichkeiten, welche Repräsentanten der politischen Richtungen mit der Entwertung der Krise beauftragt werden. Bald waren diese, bald jene oberhand. Die Blätter, die Jahrzehnte hindurch von allen Regierungen geliebt wurden und auch in Zukunft geliebt werden möchten, hatten fast alle Wochen eine andere Auffassung, je

nachdem, wie sich die Chancen der einen oder der anderen Richtung gestalteten. Das größte Budapestener Blatt, der „Pester Lloyd“, hat in den letzten Wochen seine Gefinnung fünfmal geändert. Eine Anzahl Blätter hielten sich in Bereitschaft, und als die neue Regierung kam, gaben sie sich ihr hin. Noch toller trieb es ein Blatt der Unabhängigkeitspartei, also ein ausgesprochenes Oppositionsblatt. An der Spitze des Blattes befindet sich das Parteizentrum und in Blatte wird die Unabhängigkeitspartei auf das heftigste angegriffen, dagegen wird die Regierung und die sie unterstützende Nationale Arbeitspartei über alles gelobt. Dieser Tage wurde ein Blatt gegründet, das nur während der Wahlzeit erscheinen und für alle Parteien oder besser: für alle Kandidaten Wahldienste leisten soll. Der Inhalt des Blattes wird je nach Wahlbezirken und Kandidaten ein anderer sein. Es wird in Schrift und Bild für den Abgeordneten eintreten. Der Bezugspreis beträgt: für 500 Exemplare einer Nummer 300 Kronen, für 1000 Exemplare 400 Kronen, für 2000 Exemplare 500 Kronen. Ein Chefredakteur wird sämtliche Blätter zeichnen. Es ist beachtenswert, daß diese Gefinnungslumperci hierzulande fast gar keinen Anstoß erregt. Die wissenschaftliche Revue der hiesigen soziologischen Gesellschaft, der fast alle unsere Partei- und Gewerkschaftsführer angehören und in deren Hochschule — mit Zustimmung der leitenden Parteikreise — auch für organisierte Arbeiter Unterricht erteilt wird, hat unlängst die Gefinnungslumperci der Journalisten „wissenschaftlich“ gerechtfertigt, ohne Widerspruch zu wecken. Ohne diese geistige Prostitution wäre das Bild Ungarns, das durch die Statistik der sozialen Verelendung geboten wird, unvollständig.

Italien.

Eine Gefängnisreform. Mit Rücksicht auf die skandalösen Verhältnisse in den italienischen Gefängnissen, die sich zum Teil aus der Unzulänglichkeit der Gebäude, ergeben, hat der Minister des Innern beschloffen, für die nächsten sechs Budgetjahre insgesamt 3 1/2 Millionen Lire auszuwerfen, um die unzulänglichen Summen des ordentlichen Budgets zu erhöhen. Es sollen in Venedig und Bari neue Gefängnisse gebaut werden, weil die bestehenden unzureichend sind und sich zum Teil in historischen Gebäuden, wie im St. Markuspalast und im Schloß von Bari befinden. Weiter soll ein Tuberkulose-sanatorium für Verbrecher in Montefarchio errichtet werden und das bestehende in Pianosa eine Erweiterung erfahren. Schließlich wird die Errichtung zweier neuen Besserungsanstalten nach modernen Grundrissen vorgesehn.

Rußland.

Skandal in der Reichsduma. In der Reichsduma erklärte während der Beratung des Etats der Unterrichtsverwaltung Purischkewitsch, auf den russischen Hochschulen gebe es nichts als Sittenverderbnis. Auf der linken Seite entstand ein ungeheurer Lärm, der in anhaltendes Geschimpfe zwischen der Linken und der Rechten überging. Der Sozialist Gegeichkori rief Purischkewitsch: Schurke! zu. Timoschkin von der äußersten Rechten rief daselbe, worauf Präsident Fürst Volkonsky beide Abgeordnete für drei Sitzungen auszuschließen beantragte. (Lärmender Beifall: Zwischenrufe im Zentrum, betäubendes Pulkklappern links.) Mit den Stimmen des Zentrums, der Nationalen, der Kadetten und der Progressisten wurden beide Abgeordnete auf zwei Sitzungen ausgeschlossen. Das Mitglied der Arbeitergruppe Bullat erklärte von der Rednertribüne aus, daß er die Worte billige, die von den Ausschließenden gesagt worden seien, und unter fortwährendem Lärm wurde er auf Vorschlag des Präsidenten auf 15 Sitzungen ausgeschlossen. Purischkewitsch versuchte darauf, seine Rede fortzusetzen, wurde aber von den Sozialdemokraten daran verhindert, von denen einer nach dem andern erklärte, Purischkewitsch werde nicht reden. Einer nach dem andern wurde vom Präsidenten Fürst Volkonsky für eine Sitzung ausgeschlossen. Dagegen legte der Kadettenführer Miljukow Verwahrung ein und erklärte, der Präsident bringe die Duma in eine erniedrigende Lage. Wegen dieser Äußerung wurde auch Miljukow mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten für eine Sitzung ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten fuhren fort, zu erklären, sie würden Purischkewitsch nicht reden lassen. Kadett Schingarew erklärte, die gesamte Kadettenpartei schließe sich der Ansicht Miljukows an. Die Sitzung wurde unterbrochen. Als nach Wiederöffnung der Sitzung Purischkewitsch abermals die Rednertribüne betrat, wurde er von furchtbarem Lärm und Pulkklappern empfangen. Ein Sozialdemokrat rief: „Wir werden Purischkewitsch nicht reden lassen!“ Er wurde vom Präsidenten für zwei Sitzungen ausgeschlossen. Unter betäubendem Geschrei und dem Geschreie zerbrechender Pulse verlas darauf Purischkewitsch etwas vom Blatt, während die Rechte die Tribüne umdrängte, um zu hören. Nachdem Purischkewitsch zu Ende gelesen hatte, warf er das Blatt dem Steuergraphen zu und verließ unter lärmendem Beifall der Rechten und Geschrei der Linken die Tribüne. Sodann ging die Duma zur Tagesordnung über.

Griechenland.

Der Weg zum Militärstaat. 200 Landoffiziere stellen ein Ultimatum an das Kabinett, in dem sie bis Montag die Bewilligung ihrer Forderungen verlangen. Außer einer anderen Einteilung der Wahlkreise stellen sie besonders militärische Forderungen. Falls ihrem Ersuchen nicht Folge gegeben würde, stellen sie Gewaltmaßregeln in Aussicht. Theotokis und sämtliche Parteiführer traten zusammen und rieten nach ihrem gefaßten Beschluß dem Kabinett ab, den Forderungen der Offiziere nachzugeben. Sie erklärten dem Ministerpräsidenten, daß sie die von den Offizieren geforderte Vorlage der Kammer nicht empfehlen könnten und lieber einen baldigen Schluß der Kammer anraten würden, widrigenfalls die Abgeordneten nach Haus zurückkehren würden, unbedürftig um die Folgen, die dadurch eintreten würden. Das Militär steht in bedauerlicher Hinsicht. Komral Jotos wickelte ein Schreiben an den König, in dem er den Marineminister anfragt, Jotos verlangt ein Eingreifen des Königs. Inzwischen ist es zu einem blutigen Zusammenstoß in Thessalonien gekommen.

Neu gekommen bei Larissa. Ein vom Larissa abgehender Zug hatte 10 Gendarmen mitgenommen, um einen Überfall der Bauern zu verhindern. Kurz vor Klüßer stieß der Zug auf 500 Bauern, die anfangen, mit Steinen zu werfen. Unter den Passagieren brach eine Panik aus. Militär griff ein und schloß. 5 Bauern wurden getötet, 20 verletzt. In Karabisa kam es ebenfalls zu einem Zusammenstoß mit Bauern.

England.

Eine Organisation der Agrarier. Eine Organisation zur Vertretung der politischen Interessen des Agrarierturns — etwa nach dem Muster des „Bundes der Landwirte“ in Deutschland — ist in England unter dem Namen „Land-Union“ gegründet worden. Das unmittelbare Ziel der „Union“ ist der Kampf gegen die im Lloyd George'schen Budget enthaltenen Bestimmungen, die sich auf das Grundeigentum beziehen, und zwar namentlich gegen die Klauseln, die eine staatliche Wertanschätzung des Bodens vorsehen. In der Erwartung halbtägiger Demonstrationen hat die „Union“ bereits angefangen, Geld zur Wahlkagation zu sammeln. Aber abgesehen von diesem aktuellen Zweck soll die „Land-Union“ eine ständige Wirkung ausüben, und zwar nicht nur im Interesse der ländlichen Grundbesitzer, sondern auch der städtischen Hausagrarien und aller Berufsstände, die unmittelbar an der Höhe der Grundrente interessiert sind. Um auch die kleinen Grundbesitzer einzufangen, ist „die Verallgemeinerung des Grundbesitzes“ durch Parzellierung in das Programm der Union aufgenommen worden. Die konservative Presse zeigt sich über die Gründung dieser Organisation hoch erfreut. Sie ist in der Tat ein Zeichen dafür, daß sich die politischen Klaffungen auch in England immer mehr zuspitzen und daß die bestehenden Klassen sich in wachsendem Maße zu der von den Konservativen vertretenen politischen und sozialen Reaktion bekennen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 21. März.

Achtung, Stultatener und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma F. C. Faber, Lübeck, für Stultatener und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Aber die Bauten der Firma Lortsch in Klützig (Zwischenmeister Müdel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Eine Versammlung der Bürgererschaft findet am Dienstag nächster Woche, abends 6 Uhr statt. Zur Beratung steht das Staatsbudget. Nach den Erfahrungen früherer Jahre wird die Staatsberatung mehrere Tage dauern, und es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß sie rechtzeitig, d. h. vor dem 1. April beendet sein wird.

Die „Fortschrittliche Volkspartei“ in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck. Am 18. März waren in Altona Delegierte der zur neugegründeten Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossenen politischen Organisationen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck versammelt, die für die Organisation der Partei folgende Vorschläge zum Beschluß erhoben: 1. Es wird ein Landesverband aus Schleswig-Holstein mit Lauenburg, Hamburg und Lübeck mit dem Vorort Hamburg gebildet. 2. Soweit sich die Organisationen mehrerer Reichstagswahlkreise nicht zu einem gemeinschaftlichen Bezirksverbande zusammenschließen, bilden die Organisationen der einzelnen Reichstagswahlkreise den Bezirksverband. 3. Soweit noch für einzelne Orte oder Bezirke verschiedene Organisationen bestehen, werden sie aufgelöst, schleunigt den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation zu bewirken. 4. Es wird ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck auf Sonntag, 17. April d. J., nach Nordersee einberufen. Die Ernennung der Delegierten wird den einzelnen Organisationen überlassen.

Das diesjährige Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck finden statt: A. In Lübeck, Restaurant „Wakenhof“ (Burgfeld), 1) Am Montag, dem 4. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1897. 2) Am Montag, dem 4. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1898. 3) Am Dienstag, dem 5. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1899. 4) Am Dienstag, dem 5. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1900. 5) Am Mittwoch, dem 6. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1901. 6) Am Mittwoch, dem 6. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1902. 7) Am Donnerstag, dem 7. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1903. 8) Am Donnerstag, dem 7. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1904. 9) Am Freitag, dem 8. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1905. 10) Am Freitag, dem 8. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1906. 11) Am Sonnabend, dem 9. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklassen 1907, 1908 und 1909, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie. 12) Am Sonnabend, dem 9. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe vorstehende Erläuterung) der Jahrestklassen 1899 und 1900. 13) Am Montag, den 11. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 12) der Jahrestklassen 1903 und 1904. 14) Am Montag, den 11. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 12) der Jahrestklassen 1905, 1906, 1907, 1908 und

1909 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Spezialwaffen. 17) Am Mittwoch, den 13. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Garde (Jahrgänge 1897 bis 1909) einschließlich der zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen. 18) Am Mittwoch, den 13. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1897 und 1898. 19) Am Donnerstag, den 14. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1899 und 1900. 20) Am Donnerstag, den 14. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1901 und 1902. 21) Am Freitag, den 15. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1903 und 1904. 22) Am Freitag, den 15. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1905 und 1906. 23) Am Sonnabend, den 16. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrestklassen 1907, 1908, 1909 und 1910. B. In Curau bei dem Hause des Gastwirts Schulz. Am Montag, dem 18. April, vorm. 8.45 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Curau, Dissan, Krumböck und Walfendorf. C. In Travemünde bei dem Hotel „Stadt Kiel“, Bürgerstr. Am Montag, dem 18. April, vorm. 10.30 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Travemünde, Brodten, Dammersdorf, Gueversdorf, Berrenwyl, Iwendorf, Klützig, Böppendorf, Könnau und Leutenborn. D. Für die in Kreise Herzogtum Lauenburg gelegenen ländlichen Ortschaften. 1. In Ralshburg, Vorstadt auf dem Saberge. Am Dienstag, dem 19. April, nachm. 1 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Absfelde, Behlendorf, Wiesendorf, Harmsdorf und Hollenbeck. 2. In Mölln auf dem Berge neben dem Kirchhofe. Am Donnerstag, den 21. April, mittags 12 Uhr, für die Mannschaften der Gemeinde Tramm. 3. In Ruffe, bei dem Hause des Gemeindevorsethers Wüst. Am Donnerstag, dem 21. April, nachmittags 3 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Ruffe, Kiferau und Woggensee. 4. In Basthorst, bei dem Gasthause F. Schubert. Am Dienstag, dem 23. April, vorm. 11 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Gr. und Kl. Schretstaken. 5. In Krummesse, vor dem Hause der Witwe Dohndorfer. Am Mittwoch, dem 27. April, vorm. 9.30 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Weidendorf, Klantenke, Großförde, Büchelndorf, Krummesse, Moorparken und Sülsrade. In den vorstehend unter B, C und D) — 5 festgesetzten Terminen haben aus dem Verlaubtenstande des Heeres und der Marine zu erscheinen: Sämtliche Reservisten, Wehrleute 1. Aufgebots und Ersatzreservisten (einschließlich Halbvolkden), die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen sind und die zur Disposition der Truppenteile Verlaubten. Ausgenommen sind: 1. diejenigen Wehrleute, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1898 in das Heer eingetretten sind, da diese zwecks Überführung zur Landwehr. 2. Aufgebots an der diesjährigen Herbstkontrollversammlung teilzunehmen haben; 2. diejenigen Reservisten, Wehrleute und Ersatzreservisten, welche Zehnjahre treiben, sowie sämtliche Mannschaften des Verlaubtenstandes der Marine, soweit sie sich auf dem Kontrollplatz Lübeck zu stellen haben. Diese Leute haben an der im Januar d. J. stattfindenden Schifferkontrollversammlung teilzunehmen. Befreiung von der Kontrollversammlung wird nur in dringenden Fällen erteilt. Befreiungsgesuche, welchen stets der Paß beizufügen ist, sind zu rechtzeitig dem Bezirksfeldwebel einzuliefern, daß der Bescheid dem Geschäftsführer noch bis spätestens am Tage vor der Kontrollversammlung behändigt werden kann. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Die Jahrestklasse, zu welcher ein Mann gehört, ist unten auf der ersten Seite des Paßdeckels angegeben. Nichterscheinen und Gefertigung zu einer falschen Kontrollversammlung wird mit Arrest bestraft.

Am die Ausbringung eines Briefkastens hatten sich zahlreiche Bewohner des südlichen Teiles der Vorstadt St. Jürgen bei der hiesigen Postdirektion bemüht. Darauf erhielten sie überhaupt keine Antwort. Nach einiger Zeit richteten sie ein entsprechendes Gesuch an die Oberpostdirektion in Hamburg, die ihnen jetzt mitgeteilt hat, daß in der Cronsfelder Allee 105 a ein neuer Briefkasten angebracht werden soll. Nicht nur die Betenten, sondern auch die übrigen Einwohner dieses Stadtteils wird diese Nachricht interessieren.

Postlagerkarten. Die Kaiserliche Oberpostdirektion hat eine neue Einrichtung getroffen, durch die Briefsendungen ohne persönliche Adresse — sogenannte Chiffre-Briefe und Karten — vor der Abholung durch Unbefugte geschützt werden sollen. Vom 1. April ab werden die Postanstalten, die sich mit der Ausgabe von derartigen Sendungen befassen, auf Wunsch Postlagerkarten ausstellen. Die Ausfertigung der Postlagerkarten ist am Schalter der Postanstalt, wo die Abholung der Briefe stattfinden soll, zu beantragen. Die Postlagerkarten weisen eine vorgebrachte Nummer auf. Briefe, die unter dieser Nummer mit dem Zusatz „Postlagerkarte“ und dem Namen der die Postlagerkarte ausstellenden Postanstalt einreichen. z. B. Postlagerkarte Nr. 47, Berlin W. 8, werden nur demjenigen verabfolgt, der die vom Postamt Berlin W. 8 ausgestellte Postlagerkarte Nr. 47 vorzeigt. Die Postlagerkarte hat Gültigkeit für die Dauer eines Monats, vom Tage der Ausstellung ab bis ausschließlich demselben Tage des nächsten Monats — also z. B. vom 16. Februar bis einschließlich 15. März —; ihre Gültigkeit kann immer um je einen Monatszeitraum verlängert werden. Für die Ausstellung einer Karte, ferner für jede Verlängerung der Gültigkeitsdauer wird je eine Gebühr von 25 Pfennig erhoben. Eine Verpflichtung zur Lösung von Postlagerkarten besteht nicht; es können also auch Chiffrebriefe in feitheriger Weise ohne jeden Ausweis bei den Postanstalten abgeholt werden.

Ein Betrüger. Der Handlungsgehilfe W. F. Kullberg aus Cuxhaven hatte sich Freitag vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. K., der bereits eine längere Zuchthausstrafe verbüßt hat, hatte in Hamburg einem Mädchen die Ehe versprochen und ihm durch unwahre Angaben Gelder abgeschwindelt. Als ihm dort der Boden zu heiß geworden, begab er sich nach Travemünde, wo er sich die Meinung und das Vertrauen eines anderen vermögenden Fräuleins zu erwerben verstand. Er nannte sich v. Hilmer, gab sich als Kapitänleutnant aus und veranlaßte die Dame zur Hergabe von Geld, um ein Schiffahrtsunternehmen für Vergnügungsreisen nach dem Mittelmeer zu gründen. Der Angeklagte, der sich in Waldhusen niedergelassen hatte, verbrachte das Geld mit einer Geliebten in Lübeck und verlegte, da er sich bald auch hier nicht mehr sicher fühlte, seinen Wohnsitz nach Oldesloe, wo er verhaftet wurde. Ein ärztliches Gutachten bezeugte den Angeklagten als erblich belastet und geistig minderwertig, jedoch als völlig zurechnungsfähig. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte ihn zu 4 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 1350 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust.

pb. Eine Betrügerin. Ende Februar d. J. hat eine hiesige Frau bei einem hiesigen Goldschmied einen dem letzten von einer anderen Frau zur Reparatur übergebenen goldenen Siegelring abgeholt, unter dem Vorwande, sie wolle ihn der Eigentümerin übergeben. Sie zahlte die Reparaturkosten und entfernte sich mit dem Ring, lieferte ihn aber

nicht an die Eigentümerin ab. Der Ring trug auf einer ovalen Platte die lateinischen Buchstaben L. D. Die Betrügerin war auch an dem Tage, an welchem die Ringeinträgerin nach dem Stande der Reparatur ihres Rings fragte, in dem Laden des Goldschmiedes und gab eine Brosche in Reparatur. Bei der Abholung ihrer Brosche führte sie den Betrag aus.

pb. Zerstörung. Ermittelt und festgenommen wurde ein Zerstörergeräusch aus Hagenow, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Unterschlagung rechtlich verfolgt wird.

pb. Großfeuer. In verfloßener Nacht gegen 1 Uhr ist auf dem Hofe des Büblers Klempner in Gummeweise ein Feuer ausgebrochen, das sämtliche Gebäude zerstörte. Es wird Brandstiftung vermutet.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag kommt der Operettenschlager „Der Graf von Luxemburg“ von Lehár zur Wiederholung. Am Mittwoch ersehecht bei ermäßigten Mittwuchs-Breizen Schillers „Wallensteins Tod“ nochmals auf dem Spielplan. In Vorbereitung befinden sich Hjörnsens Schauspiel „Leonarda“ sowie Ernst von Wildenbruch's neues Schauspiel „Der deutsche König“.

Secerh. Cines außerordentlich zahlreichen Vereins hat der Unterhaltungsabend des sozialdemokratischen Vereins am Freitag sich erfreut. In der Zeitrede schilderte Genosin Schlomer in kurzen treffenden Worten die Bedeutung des 18. März und forderte dazu auf, daß alle nach Freiheit strebenden Männer und Frauen der Organisation der sozialdemokratischen Partei beitreten. Es folgten zahlreiche Musik- und Theateraufführungen, bei denen alle ihr Bestes gaben und lebhaften Beifall bei den Zuhörern erzielten. Der sozialdemokratische Verein hat sich durch diese Veranstaltung viele Freunde unter der Bevölkerung erworben und wir hoffen, daß sie alle gern wieder zu uns kommen, auch wenn der Ruf zu politischen Versammlungen an sie ergeht.

Kiel. Furcht vor neuen Kundgebungen. Bei ihrer Rückkehr zur Arbeitsstätte am Freitag nach der Mittagspause wurde den Arbeitern der Kaiserlichen Werft eine höchst sonderbare Überraschung. Der Haupt- und auch der Nebeneingang zur Werft waren in streikbereitschaft gelegt worden. Alles wimmelte von Werks- und sonstigen Schutzleuten. Sollte der Roman „Seeltern“ zur Wirklichkeit werden, der Feind herannahen, um die kaiserlichen Anlagen durch einen Handstreich zu überfallen und zu vernichten? Die Verteidigungsmannschaft schien auf alles gefaßt zu sein, kampfbereit und geküßt blickte sie allen Eventualitäten entgegen. Aber es geschah nichts. Wozu denn der Alarm? Schließlich Lösung des Rätsels. Ein Spahvogel hatte sich nämlich den Jur gemacht, die Nachricht zu verbreiten, daß, gleich nach Schluß der Mittagspause, die Arbeiter gesperrt der Sowaldischen und der Germania-Werft heranzöckelten und daß die Kaiserlichen sich ihnen anschließen würden. Selbstredend wurde aus der Geschichte wieder einmal nichts. In der Stadt sah man gestern überhaupt an allen Ecken und Enden ein großes Polizeiaufgebot. Allgemein war die Annahme verbreitet, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei am 18. März, dem Gedenktage der Revolution, abermals eine große noch nachdrücklichere Demonstration plane. Selbstredend wurde aus der Sache nichts. Wohl aber sah sich die Schutzmannschaft, obgleich absolut kein außergewöhnlicher Verkehr in den Straßen herrschte, hier und da veranlaßt, Passanten zu schlagen, ja sogar zu knebeln und zu verhaften. Zeugen, die sich meldeten, wurden barich aus der Wache hinausgewiesen, auch wurde ihnen angedroht, sie einzusperrern, wenn sie nicht sofort gingen. Es mehren sich sogar die Stimmen aus Bürgerkreisen, die Protest gegen ein Vorgehen erheben, wie es sich in der letzten Zeit hier abgepielt hat.

Kiel. Zu den Kundgebungen auf der Reichswerft. Auf der Reichswerft erfolgte Sonnabend morgen ein Einschlag, wonach sich die in Kündigung stehenden Arbeiter der Ressorts 3 und 7, Schiffbau und Torpedowerkstatt, am Montag morgen im Scheibhaus der Kaiserlichen Werft in Hamburg amweisen sein und die Leute eventuell für die dortige Vulkan-Werft annehmen. Die von der Kündigung betroffenen Arbeiter der Ressorts 4 und 2, Maschinenbau und Artillerie-Werkstatt, sollen sich am Dienstag ebenfalls im Scheibhaus melden.

Flensburg. Ausrückung der Dachdecker. Bei der Firma George-Flensburg wurden Sonnabend früh sämtliche Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, mit einem Gelben, der den Zwischenträger spielt, zusammen zu arbeiten. In Betracht kommen Dachdecker, Klempner, Dachpappenfabrikarbeiter und Hilfsarbeiter. Betroffen sind etwa 60 Mann. Zugang ist fernzuhalten. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Neumünster. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend vormittag in der Neumünsterer Straße. Dort kürzte der vermehrte Postkutscher K. Schröder mit mehreren Warenballen von seinem Wagen ab. Die Räder gingen dem Mann über Kopf und Arme, wobei er so schwere Verletzungen davontrug, daß er jetzt mit dem Tode ringt.

Hamburg. Erfolg des Hafenarbeiter-Verbandes. Der Abwehrstreik im Hamburger Hafen ist nach fünfmonatiger Dauer durch Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Hafenarbeiterverband und dem Hafenbetriebsverein beendet worden.

Bremen. Aus der Bremer Bürgererschaft. Die Lehramtsregelungen in Bremen haben die sozialdemokratische Fraktion der Bürgererschaft veranlaßt, einen Antrag einzubringen, nach dem der § 25 des bremischen Beamtengesetzes dahin erweitert wird, daß in der „politischen und religiösen Betätigung der Beamten innerhalb des strafrechtlichen Rahmens“ eine Verletzung des vorgeschriebenen Verhaltens nicht erblickt werden kann. Ferner fordert die sozialdemokratische Fraktion die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen nach Maßgabe der Verhältnismahlen. — Die Tapezierer in Bremen haben am Freitag ihre Lohnbewegung mit Erfolg zu Ende geführt. Für die beiden ersten Gehilfenjahre wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf., für ältere Gehilfen eine Erhöhung um 5 Pf. pro Stunde erungen. Außerdem wurde die Vorkarbeit völlig ausgemerzt. — Die Gärtner in Bremen beschloßen Freitag abend in den Streit einzutreten. Seit längerer Zeit waren Verhandlungen über die Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gange, die aber in der ablehnenden Haltung der Innungsmeister, die nicht einmal mit dem Haupteiter verhandeln wollten, scheiterten. Wo 14tägige Kündigungsfrist vermindert ist, wird nächsten Sonnabend die Kündigung eingereicht. Zugang nach Bremen ist fernzuhalten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böttger, für den gesamten übrigen Inhalt: Johanns Stellingsma, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. — Holstenstrasse.

RIESIG VORTEILHAFT

Blaue Kammgarn-Kostüme

mit reicher Verschönerung 39⁰⁰ mit reich. Kurbelarb., Moirè od. Seidenspiegel, Jacke auf solid. Satin, modernste Form 24⁵⁰ mit Seiden- oder Moirè-Spieg., Jacke a. sat. Diag. Mod. Frühjahr - Fass. II. 19⁵⁰

Fantasie-Kostüme

aus schwarz-weißen, kleingemusterten Konfektionsst. mit Seidenspiegel, Kragen u. Blenden-Garn. Neues Fitihj.-Form 28⁰⁰ aus gestreiften Kammgarnstoffen, Jacke auf Satin gearbeitet Moderne Fassons 24⁰⁰

Kostüm-Sattel-Röcke

aus imitiert englischen Stoffen, reich mit Falten 4⁷⁵

Kostüm-Sattel-Röcke

aus gemusterten Kammgarnstoffen, reich mit Falten 6⁵⁰

Kostüm-Röcke

aus schwarz-weißem Sürrah mit auspringenden Falten und Kurbelstickerei 5⁷⁵

Weißer Golf-Jacken

mit farbigem Revers 7⁷⁵

Elegante Wollmusseline-Blusen

vollständig gefüttert, mit Tülleinsatz Wert bis 7.50 M. 4⁷⁵

Blaue Cheviot-Kinderkleider

vollständig gefüttert. Für das Alter von 1 bis 3 Jahren Durchweg M. 3⁵⁰

Matrosen-Kleider

aus Kretonne und Satin-Augusta. Für das Alter von 5 bis 11 Jahren Wert bis 9.00 M. Durchweg M. 4⁵⁰

gestaltete sich unser letzter Einkauf in Damenkonfektion. Wir bieten durch diesen Gelegenheitskauf aussergewöhnliche Preisvorteile, da wir für einzelne Genres kaum den halben Wert bezahlen. Die zur Auslage gelangten Kostüme und Kostüm-
röcke empfehlen wir Ihrer ganz besonderen Aufmerksamkeit. ::

Der Verkauf der Gelegenheitsposten beginnt heute. :: ::

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. — Lübeck. — Holstenstrasse 25/33.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes
Hans
danken herzlich
R. Büsen und Frau
nebst Sohn.

Eine kleine Wohnung zu vermieten Schumacherstraße 5/11.

Zu vermieten per sofort oder zum 1. April mehrere Zwei- und Dreifamilienwohnungen im Preise von 220 bis 300 Mk.

Näh. Kottwitzstraße 48, part. rechts.

Zwei einzelne Leute suchen zum 1. Juli kleine Wohnung im Preise von 130-140 Mk. vorm Holstentor. Off. u. M O 30 an die Exped.

Gesucht zum 1. April 2000 Mk. oder auch 2500 Mk. als sichere Hypothek. Gest. Offerten erbitte ich unter E J an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine Haushälterin zu sofort

Weserstraße 13 a. pt.

Zu kaufen gesucht ein Spion. Zug mit Treppena. u. T S a. Exp.

Güßliches Sofa, Veritto, Tisch, Spiegel billig Hartenstraße 24 u. L.

Gut erhaltener dunkelblauer vernickelter Kinderwagen auf Gummi billig zu verkaufen

Adlerstraße 8 a. pt.

Ein großer Kinderwagen auf Gummi zu verkaufen

Planckstraße 24. Fingel, links. pt.

Eine Dünggrube voll Abtrittung ist kostenlos zu vergeben.

J. Maus, Al. Vogelhaus 7.

H. Mews, Glasermeister, Böttcherstr. 6. Fernspr. 2321.

Visitkarten

— II. Elzebeinkarton —

100 Stück von Mk. 1.— an

besorgt

Buchdruckerei d. Lab. Volksb.

Johannistraße 46.

Prima Lammfleisch.

Farben

trockene, sowie in Öl geriebene, eigene Fabrikation in bekannter Güte.

Leinöl, Siccativ, Lacke etc.

Maler - Utensilien.

Hafen-Drogerie

Georg Bornhöfft.

Lübeck, Untertrave 44/45.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe 333 u. 585 gest. anerkannt billig bei

Ernst Gentzen, Uhrm., Königsstr. 62, b. d. Hitzstr.

Geben rote Rabattmarken

Willi Westfaling

Uhrmacher und Juwelier

40 Holstenstr. 40

Passende Geschenke zur Konfirmation.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünffußstr. 13

Vereinigte Butterhändler

v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.60 Mk.

Empfehle zu Ostern:

Sämtl. Zutaten z. Backen.

Nehme auch Bestellungen für die Lübecker Gewerkschafts-Bäckerei entgegen.

Hermann Geebler, Südwärstr. 13.

Pa. Damwildfleisch, Pfd. 50 Pf.

in Kohl oder Rüben schön passend, empf. Frd. Hest, Fleischhauerstr. 8.

Aktien-Bierbrauerei Lübeck

empfehlen

Lübecker Bürgerbräu

hell und dunkel

in Gebinden, Flaschen u. Siphons (Gibbus-Selbstschenker)

direkte Brauereifüllung,

sowie

Braunbier

in Flaschen,

ebenfalls direkt in der Brauerei abgezogen.

Telephon Nr. 69.

Drenske's Stiefel in allen Formen.

Achtung Hafenarbeiter!

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 22. März,

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Die Einheitsorganisation.
 - Referent: **Aug. Koeksien** - Hamburg.
 3. Kartellbericht.
 4. Verschiedenes.
- Vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Gelobende Kartoffeln
Mk. 5.50; hochfeine magnum bonum, französische und alle Sorten Pflanzenkartoffeln billig, sowie

sämtliche Sämereien.

C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Weierstr. 26. T. 1440



Außerordentliche

Versammlung

Dienstag, 22. März,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinslokal, Sandstraße 41

Die Antwort der

Oberschulbehörde.

Es ist dringend notwendig, daß jedes Mitglied zu dieser Versammlung erscheine.

Der Vorstand.

Das Turnen der Mädchen-Abteilung fällt diesen Abend aus.

Konzerthaus

Fünfhausen.

Aus dem Hamburger

Nachspiratenviertel

kommt

am Donnerstag, dem 24. März.

Neues Stadttheater.

Dienstag: Zum 4. Male.

Der Graf von Luxemburg.

Operette von Franz Lehár. Mittwoch: Ermäßigte Preise. Wallensteins Tod. Dramat. Gedicht von Schiller.

Zum Internationalen sozialistischen Kongress in Kopenhagen.

Das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel richtet an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder die Einladung zum nächsten Internationalen Kongress des Sozialismus. Wir entnehmen dem Einladungs schreiben folgende für die Allgemeinheit wichtigen Ausführungen:

„Das Internationale sozialistische Bureau, welches im Jahre 1900 eingeleitet wurde, um die Arbeiten der Internationalen Kongresse fortzusetzen und deren Beschlüsse auszuführen, hat beschlossen, den nächsten Internationalen sozialistischen Kongress in Kopenhagen (Dänemark) abzuhalten in der Woche vom 28. August bis 3. September 1910, und lädt zu dem Kongress gemäß den Beschlüssen der Kongresse zu London (1896) und Paris (1900) ein:

1. Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel; Internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Klassenpartei organisierte Proletariat;

2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Notwendigkeit der politischen, also legislativen und parlamentarischen Aktion anerkennen jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongress 1900.)

Wenn Ihre Organisation diesen Grundsätzen zustimmt, bittet Sie das Internationale sozialistische Bureau die Frage der Beteiligung Ihrer Organisation am Kopenhagener Kongress in kürzester Frist auf die Tagesordnung Ihrer nächsten Versammlung zu setzen und ihm, entsprechend den im folgenden gemachten genaueren Angaben eine kurze Geschichte Ihrer Tätigkeit seit dem Jahre 1907, zu übermitteln und so die Ansicht Ihrer Partei — in Gestalt eines Berichtes und einer Resolution — über die Fragen, die von den verschiedenen Parteien auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen vorgeschlagen werden, mitzuteilen.

Die Tagesordnung. — In seiner letzten Sitzung, am 7. November 1909, hat das Bureau die folgende Tagesordnung festgelegt:

1. Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeitergehegung.
5. Die Organisation einer internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist ein Vorschlag, der veranlaßt ist durch den Punkt der Stuttgarter Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien. Die Genossenschaftsbewegung entwickelt sich in gewissen Ländern immer mehr, und die Parteigenossen möchten gern Angaben über die beste Art

der Leitung ihrer jungen Organisationen erhalten. Müssen die Genossenschaften selbst neutral, unabhängig von den politischen Parteien, oder mit diesen durch ein persönliches Band verknüpft oder schließlich an die Partei angeschlossen sein? Dies sind die verschiedenen Gesichtspunkte des Problems.

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist eine aktuelle Frage. Kaum sind wir von dem Druck einer Krise befreit, welche die Arbeiterklasse noch heute füllt. So war es denn der leitende Gedanke der Antragsteller, das Übel genau zu prüfen und die Mittel zur Abhilfe anzugeben, welche bereits angewandt worden sind und welche angewandt werden müßten, welches die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit gewesen ist, wie die Gewerkschaften, die Städte oder andere Instanzen dabei mit ihren Unterstützungen eingreifen und welches die Stellung der öffentlichen Gewalt angesichts dieses periodisch wiederkehrenden Unheils ist.

Der 3. Punkt wirft die Frage des Schiedsgerichts und der Abrüstung auf. Er umfaßt in der Tat das Hauptproblem des Militarismus und namentlich die Frage, wie und in welchem Umfange die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen hoffen können, die Bourgeoisieklasse zu zwingen, das Schiedsgerichtsurteil an die Stelle der Gewalt, die Abrüstung an die Stelle des blutigen Krieges zu setzen. Die angegliederten Parteien haben die Pflicht, zu sagen, was sie aus diesem Gebiet bereits unternommen haben und welches ihre Hoffnungen auf bezügliche Ergebnisse in der nächsten Zukunft sind.

Der 4. Punkt umfaßt eine Gesamtheit von eng miteinander verknüpften Fragen, und namentlich die verschiedenen Gesetzgebungen betreffend die soziale Versicherung. Die Antragsteller erbitten von den beteiligten Parteien eine Äußerung über die Verbesserung, welche die Lage der Arbeiter ihrer Länder durch den Erlaß der verschiedenen Arbeitergesetze erfahren hat, um so zu einem Schluß auf die Überlegenheit oder Minderwertigkeit des einen oder anderen Gesetzgebungssystems zu gelangen, ohne daß dabei die Aufzählung der zur Erreichung des vorliegenden Ergebnisses gemachten Anstrengungen vergessen wird.

Die Erörterung des 5. Punktes hat sich als unbedingt notwendig erwiesen einmal durch die Stellung des Zarisismus, der sich seiner politischen Gegner entledigt hat und noch heute tagtäglich entledigt dadurch, daß er sie in den Tod schießt, und dann andererseits durch die Stellung des französischen Kleinbürgertums, das sich eingebildet hat, es könne die Kriminalität dadurch herabmindern, daß man die Verbrecher hinrichtet und trotzdem die augenblicklichen Bedingungen aufrecht erhält, die doch den eigentlichen Nährboden für alle Verbrechen bilden.

Der 6. und 7. Punkt der Tagesordnung sind wichtige Fragen der Geschäftsführung. a) Wie hat man zu verfahren, um beispielsweise im Falle, daß ein Krieg droht, die Resolution von Stuttgart zur Ausführung zu bringen? Welches ist die Art und Weise, welche die verschiedenen nationalen Sekretäre vorschlagen? b) Welches ist das beste Verfahren, um im Falle eines schweren Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit Unterstützungen zu sammeln? (Erinnern Sie sich an die Kriensausperrung in Schweden?) Wie muß man die Arbeiterblätter mit Nachrichten versehen und wie die offiziellen Zeitungen und Nachrichten-Bureaus verhindern, der Bewegung durch entstellte Informationen zu schaden?

Der Kongress wird im Konzert-Palast — Odd Fellows Palast (Konzert-Palast), Bredgade 28, Kopenhagen K. — abgehalten, welcher groß genug für die Abhaltung unserer Hauptversammlungen und für die Sektionsitzungen ist. Wie es auch in Stuttgart gehandhabt worden ist, wird der Ortsausschuß (Adresse: Stauning 22, Komersgade 22, Kopenhagen) für Wohnung, ebenso für die Führung der ausländischen Genossen sorgen und einen besonderen Raum zur Verfügung der Presse halten. Um die Vorarbeiten zu erleichtern, bitten wir die Delegierten, ihre Beteiligung so früh als möglich mitzuteilen. Sie werden dann ihre vorläufige Karte erhalten, welche dann nach der Prüfung der Mandate, in Kopenhagen gegen die endgültigen Karten umgetauscht werden deren Preis auf 10 Frank festgesetzt ist, 8 Mark, 8 Schilling, 10 österreichische Kronen, 7 skandinavische Kronen.

Schließlich lenken wir Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Angaben des Kongress-Reglements.

1. Die Organisationen jedes Landes oder jeder Nation haben in Kopenhagen eine Sektion zu bilden, welche sich über die Zulassung aller Parteien und Organisationen des betreffenden Landes oder der betreffenden Nation zu äußern hat.

2. Die Stimmen einer jeden Sektion, welche in ordnungsgemäßer Weise angeschlossen ist, werden nach der folgenden Skala verteilt, welche vom Bureau angenommen ist, aber noch einer möglichen Änderung unterworfen bleibt:

- 20 Stimmen: Deutschland, Österreich-Böhmen, Frankreich, Großbritannien, Rußland.
- 15 Stimmen: Italien.
- 14 Stimmen: Vereinigte Staaten.
- 12 Stimmen: Belgien, Schweden.
- 10 Stimmen: Dänemark, Polen, Schweiz.
- 8 Stimmen: Finnland, Holland, Ungarn-Kroatien.
- 6 Stimmen: Spanien.
- 4 Stimmen: Argentinien, Bulgarien, Rumänien, Serbien.
- 3 Stimmen: Türkei.
- 2 Stimmen: Luxemburg.

3. Entsprechend dem Reglement muß die vorliegende Einladung den sozialistischen und Arbeitervereinigungen durch den Parteivorstand einer jeden Sektion übermittelt werden, und falls dies nicht möglich ist, durch den Sekretär einer jeden angeschlossenen Partei.

Wir erlauben alle Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, dieses Rundschreiben unentgeltlich bald abzubringen.

Mit dem Wunsche, daß der Kopenhagener Kongress der wachsenden Macht der Internationalen Sozialdemokratie entsprechend ausfallen möge, zeichnet mit brüderlichen Grüßen

Das Internationale sozialistische Bureau.
Das Exekutiv-Komitee des Internationalen sozialistischen Bureaus (Belgien).
Eduard Anseele, Leon Furnemont, Emile Vandervelde, Kamille Huysmans, Sekretär.

Die Okkupation Finnlands.

Man schreibt uns aus Helsingfors: Der finnische Säbellenat fühlt bereits schon selber seine ungebührliche Zusammenfassung und sucht sich allmählich durch einige Altstimmen zu komplettieren. Bis jetzt sind be-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarauw.

(43. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Njådel nickte zustimmend. Andreas hatte recht. Und die Mutter und die Hütte unter der Felsenwand und der Hügel mit dem hohen Heidekraut, das im Sonnenschein duftete — alles lag so hell und klar vor ihm, und mitten darin stand der Bruder — bleich, schwächlich, stets geschont, unterstützt, getragen über die schwierigen Stellen. Und alles, was zwischen lag, zerschmolz und zerann wie der Schnee im Frühjahr — er ward wieder Kind — ein großer, unbeholfener, gutmütiger Bürsche, was er eigentlich immer gewesen war; und es war kein Funke von Jörn mehr in ihm, als er sich abwandte und sagte: „Andreas — Andreas, das hättest Du nicht tun sollen!“

Aber im Torwege sagte der Ältermann: „Gut war's, daß Du ihn nicht anpacktest; Du hättest ihn zerbrechen können, wie einen Zuckerkringel.“

„Doch nun war es aus mit Njådel; er lehnte sich gegen die Mauer und schluckte laut.“

Der Ältermann ließ ihn weinen, so lange er es für nötig hielt. Dann führte er ihn mit sich — Njådel fügte sich willenlos wie ein Kind — und ging mit ihm in einen Speisekeller.

Der Ältermann, der in Wetersburg und Kopenhagen gewesen war, trat sicher auf und bestellte zwei Beefsteaks und eine Flasche Bier. Als sie sich aber zu Tische setzten, erlitt das Haus von einem Kanonenschuß. „Der König kommt,“ sagte die Kellnerin. Sie war verdrießlich, weil sie im Keller bleiben und die beiden Bauern bedienen mußte, statt den Eingang mit anzusehen.

Es war ein ungewöhnlich strahlender Tag, obgleich es noch so früh im Jahre war. Die Nachmittagssonne blinkte in den Fenstern und legte einen leichten Duft über den Schloßpark, so daß das Schloß gegen die goldene Luft in all seiner einfachen Schönheit hervortrat. Von Altersher verzog sich der schwere Pulverdampf nach dem Salutieren, die Magazine wehten festlich und von allen Seiten der Haupten die Menschen nach der Karl-Johann-Strasse, die auf den offenen Stellen und längs den Trottoirs dicht besetzt war.

In den Fenstern lagen die Damen in ihrem neuen Frühjahrsputz; junge Herren standen dahinter und bemühten sich, wichtig zu sein. Vor dem Eisenbahnperon hielt die Polizei einen großen Platz offen, das gelbe Korps war in seiner ganzen Pracht vor dem Bahnhof aufmarschiert. Der Großhändler Falck-Olsen saß stramm und feierlich auf seiner Schimmelmütze und sah auf die Menge herab.

Der königliche Train war angekommen; man wartete nur darauf, daß die gewöhnlichen Empfangsfeierlichkeiten auf dem Perron ein Ende nehmen sollten. Vom Hafen und von den kleinen Straßen her waren Seelente, Lastträger, Frauenzimmer und Arbeitsleute herbeigeströmt — ein wenig distinguiertes Publikum für den Anfang.

Als daher eine Stimme mit Anstrengung rief: „Es lebe der König! Hurra!“ fand dies nur einen matten, vereinzelten Widerklang über den Platz hin; eine unangenehme Totenstille trat ein, während die hohen Herren die Wagen bestiegen.

Das gelbe Korps rasselte davon, dann folgten die königlichen Wagen in langer Reihe über den Platz und durch die enge Passage beim Dywadshofe. Hier und da rief ein braver Bürger aus Leibesträften Hurra; aber der allzu große Eifer des einzelnen schien die Menge zurückzuhalten, und diese Rufe wurden nur schwach und vereinzelt beantwortet, bis man an der Brandwache vorbeikam.

Von da an ging's besser und die schwedischen Herren in den Wagen nickten einander zu. Aber erst von der Älterstraße und dem Egermarkt an wurden die Rufe allgemein. Die prächtige Avenue vom Storchinggebäude nach dem Schloß hinauf strahlte in der Nachmittagssonne. Die glänzenden gelben Reiter im scharfen Trabe, die Wagen, die hohen Herren in Uniform, die zahlreichen Gruppen wohlgekleideter Personen, welche die Rufe in Gang brachten — alles trug dazu bei, die Stimmung zu erhöhen, so daß die Hurras mit Begeisterung erbrausten.

Als der Zug vorüber war, wendete die in der Karl-Johannstraße dichtgedrängt stehende Menge das Gesicht gegen die Schloßhöhe, an deren Böschung die Reiter und Wagen sich wie eine schimmernde Schlange hinaufwanden, während der Staub von den königlichen Wagen sich in einer goldenen Wolke erhob und sich dann wie ein Segen über das Volk ausbreitete.

Der Bahnhofplatz war schnell wieder leer; die Leute eilten zu ihrer Arbeit zurück. Aber eine große Menge von Frauenzimmern und jungen Leuten folgten dem Strome, der

sich durch die Stadt bewegte. Man war in Festimmung gekommen und es konnte nichts nützen, an dem Tage zur Arbeit zurückzukehren.

Die Luft war mild und das Wetter so schön, und es ward von Illuminationen und dergleichen gesprochen.

Der König hatte nämlich im Laufe des Winters an einem Halsübel gelitten; die Studenten veranstalteten deshalb einen großen Fackelzug nach dem Schloß, wo sie sangen:

„Hör' uns, Ovea, Mutter für uns alle.“

Aus demselben Anlaß fand auch ein „Großes Dankfest“ im Livoli mit Deklamation und Feuerwerk statt.

Eine große Menschenmenge war abends auf dem Beinen und bewegte sich namentlich in der Umgegend des Livoli und des Studentenwäldchens. Es roch hier nach schlechten Zigarren und frischer Erde und dem ersten emporklimmenden Grase; hin und wieder kam ein Duft von den Balsampappeln, deren klebrige Blätterkapseln sich zu öffnen begannen.

Staatsräte und Hofbeamte, Militär- und Ziviluniformen führten zum Schloß hinauf, wo viele Fenster erleuchtet waren, während die Königsflagge sich gegen den hellgrünen Abendhimmel abzeichnete.

Auf dem Auswanderungsschiffe aber unten am Hafen wurde gearbeitet, geläutert und geschrien; und das ganze sah so verwirrt aus, daß einzelne Auswanderer aus dem Innern des Landes sich auf ihre Vagage setzten und weinten.

Als der Njådel und der Ältermann zum Hafen herabkamen, trafen sie ihren Freund, den Agenten; er rief aber bloß „all right“, indem er an ihnen vorbeifuhr; er war in Schweiß gebadet und so heißer, daß er kaum einen Laut hervorbringen konnte.

Es standen ein paar Lastträger am Landungsbrett und als Njådel dem Ältermann nach dahinter schreiten wollte, sagte der eine Träger zum andern:

„Es ist doch eine Schande, daß die Amerikaner solche Kriege aus dem Lande führen dürfen.“

Njådel hörte das und streckte die Hand nach ihm aus.

Der Lastträger, ein echter Hafenbummler, fürchtete, daß Njådel irgend eine Schelmerei gegen ihn ausüben wollte und beschloß sich argwöhnisch die mächtige Faust; als er aber Njådels klare Augen sah, schlug er kräftig in die Faust ein und sagte halb beschämt: „Ja, ja, Du mußt wohl selbst am besten wissen, was Du tust. Lebe wohl denn und glückliche Reise, Ältermann!“

falls zwei derselben als Retter in der Not im Senat ein-gezogen, und ein dritter wartet hinter der Tür auf Ein-lass. Der abtretende Senator Sillman wurde durch einen anderen, Herrn Chosjalnow, einen „Helden“ aus dem fernem Osten, ersetzt, der seine „ruhmvollste“ Tätigkeit in Finnland mit der Verweigerung des finnischen Dienstweibes begann. Im Einklang mit den Befehlen der Schuttsen, erklärte er, daß er den Eid als russischer Beamter bereits geleistet habe.

Der also komplettierte Senat hat es sehr eilig mit der Ausplünderung der finnischen Staatskassen. Kurz vor Zusammentritt der Volksvertretung verfügte er, daß zwei Millionen Mark finnischer Staatsgelder als erste Teilrate der Militärkontribution für 1910 an die russischen Insti-tutionen überfließt würden. Jedenfalls ein Vorteil für die russische Regierung, daß ihre Beamten das Stehlen so gut gelernt haben!

Dem Vorsitzenden der Volksvertretung wurde es aus-drücklich verboten, in seiner Antwortsrede bei der Eröff-nung der Session etwas anderes, als die „treuuntertänigen Gefühle“ der Volksvertretung kund zu tun. Nach einer geheimen Sitzung des Landtages modellierte der Talman seine etwas länger gedachte Ansprache in folgende „Rede“ um: „Ich bekunde, Seiner Kaiserlichen Majestät dem Großfürsten die treu-untertänigsten Gefühle der Volksvertretung“. Aber auch dieser kurze Satz war erlogen; weder hat der Landtag seinem Vorsitzenden diesen Auftrag erteilt, noch sind die Gefühle der Mehrheit so „treuuntertänig“, wie der Tal-man es bekundete. Die Versammlung behielt sich vor, sich in einer eingehenderen Adresse über die Zustände im Lande und über die Gefühle der Bevölkerung auszu-sprechen. Von Seiten der Sozialdemokraten wurde betont, der Vorsitzende sollte huf und könnte in seiner kurzen oder langen Rede nur seine Meinung Ausdruck geben und dürfe sich keineswegs als Dolmetsch der Volks-vertretung gebärden. Die obrigkeitliche „Vorschrift“ wurde natürlich gebührend befolgt.

Neben anderen Willkürakten hat die Petersburger Regierung nun auch mit der Entlassung der einheimischen Beamten begonnen. Als erster fiel der Gouverneur von St. Michel, Herr von Knorring, weil er nach Ansicht der Petersburger Gewaltpolitiker gegen die Konstitutionalisten zu viel Nachsicht geübt hatte. Es handelt sich um „Maje-stätsbeleidigungsanklagen“, bei denen er den Befehlen des Diktators Seyn nicht sofort Folge geleistet hatte. Die brutale Willkür des letzteren wird genügend dadurch ge-kenntlicht, daß er sich sogar herausnahm, den Prediger Nordlund vor dem Gottesdienste anlässlich der Eröffnung des Landtages, um den Text seiner Predigt zu „erlöchen“. Nachher gab er eine Erklärung ab, er habe sich bloß als frommer Christ schon früher in die Predigt vertiefen wollen.

Um der „russischen Sache“ gründlich zu dienen, ordnet der gewaltige Seyn auch Prozesse gegen Kinder an. Es herrscht in Rußland und auch in den Grenzländern der Uberglaube, das Ausspielen vor einem russischen Priester bringe Fingerschick. Der General-Gouverneur nahm nun Anlaß, einen Inquisitionsauschuß einzusetzen, der das „Speien der Kinder auf russische Geistliche“ untersuchen soll. Neulich ist ein neunjähriger Knabe auf „frischer Tat“ erwischt worden und soll nun dem Richter Rede und Antwort sehen. Dies alles verfolgt nur den Zweck, den Fanatismus der russischen Orthodoxen zu entzünden und in breiten Kreisen Stimmung für neue Gewaltmaßregeln gegen Finnland zu machen.

Englische Parlamentarier über Finnland.
In England besteht seit einiger Zeit ein parla-mentarisches russisches Komitee, das sich die Aufgabe gestellt hat, „sichere und objektive Mitteilungen über die Lage in Rußland und namentlich über die kon-stitutionelle Bewegung zu sammeln und mit allen Kräfte, die an der sozialen und politischen Besserung der Lage in ihrer Heimat arbeiten, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.“ Das Komitee besteht aus Mitgliedern der beiden Kammern und einigen anderen Politikern, fast aus-schließlich aus „soliden“ liberalen Bürgern, Geistlichen, Lords, Professoren usw. Zur Charakteristik dieser Gejell-

An Bord war die Verwirrung und der Tumult noch größer. Aber der Altermann setzte sich mit philosophischer Ruhe auf seinen Kasten vor seiner Kojette; so mochten die an-deren so viel Lärm machen, wie sie wollten.
Nädel indessen konnte es nicht ruhig mit ansehen, wie alle die schweren Kisten und Kisten an Bord geschleppt wurden.

Sie und wieder trat er hinzu und sagte mit Bärenkraft an; und wenn die Matrosen ihm erlaubt zusahen, nicht er bloß lächeln vor sich hin. Zuletzt postierte er sich förmlich an der Luke zum Lasteraum, und wenn ein recht schwerer Gegenstand herangeschleppt wurde, hieß es: „Laßt den Bären heran!“

Dies schmeichelte Nädel und zerstreute seine trüben Ge-danken. Er fühlte einen starken Drang, wieder mit schwerer Arbeit zu tun zu haben.
Aber am Abend, als der Lärm abnahm und die Leute von einander Abschied nahmen, ward es ihm weidlich Herz. Er hatte nicht einem einzigen Menschen Lebewohl zu sagen, und deshalb konnte er es nicht lassen, allen, die ans Land gingen, die Hand zu geben.

Der Altermann entdeckte bald, daß er und Nädel zu den ärmsten Passagieren gehörten. Die meisten anderen Auswanderer waren wohlhabende Hofbesitzer, welche Jahre lang mit dem Gedanken vor Augen gearbeitet hatten, nach Amerika zu reisen, wenn sie Geld genug gesammelt hätten. Andere hatten Reisegeld und gute Unterstützung von ihren Verwandten jenseits des Ozeans erhalten.

Es war deshalb eine sichere Ruhe über alles, was sie vornahmen, ausgebreitet. In Gruppen auf dem Zwischendeck sitzend, verkehrten sie ihre Abendmahl und teilten an-deren von ihren Mundvorräten mit. Sie beobachteten auf-merksam alles, was um sie her vorging, sprachen halblaut mit einander, machten willig Platz, wenn sie im Wege lagen, und schienen an nichts anderes zu denken, als gut hinüber zu kommen und die Kinder wohl zu behüten.
Hinten auf dem ersten Platz ging es lebhafter her. Die Passagiere hier waren meistens junge Leute, die von ihren Freunden begleitet an Bord kamen! man sang und hielt Abschiedsreden.

Ein wohlgekleideter junger Mann ward sogar völlig be-trunken an Bord gebracht und in sein Bett gelegt.
(Fortsetzung folgt.)

schaft genügt es, auf die Namen folgender Mitglieder hinzuweisen: Präsident Lord Pinweat, Bischof von Bir-mingham, Prof. Gilbert Morrey, die Parlamentsmitglieder Olsen, Bales, Davis, Harwood, Toolmin u. a., insgesamt 25 Parlamentsmitglieder.

Diese respektable Gesellschaft, die niemand in dem Verdacht hatten kann, daß sie für den revolutionären Sozialismus Sympathien hegt, hat kürzlich in einer Agitationsbrochüre: „Die Krise in Finnland“ un-zweideutig an die revolutionären Ereignisse des Jahres 1905 appelliert. Nachdem das Komitee in seiner Brochüre die Maßnahmen der russischen Regierung gegen Finnland als unbedingte verfassungswidrig gebrandmarkt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Finnen sich nicht vereinzelt in einen hoffnungslosen bewaffneten Kampf stürzen würden, bemerkt es auf S. 15 wörtlich: „Es kann etwas Ähnliches der großen Bewegung von 1905 erforder-lich werden, um Finnland aus seiner jetzigen hoffnungs-losen Lage zu befreien.“

Die Offenheit, mit der die englischen Liberalen die Notwendigkeit neuer revolutionärer Kämpfe in Rußland hervorheben, steht in einem erfreulichen Gegensatz zu der hinterlistigen Feigheit, die der europäische Liberalismus gegenüber der russischen Revolution zeigt. Man mag über die praktische Wirkung dieser Erklärung des parlamen-tarischen russischen Komitees, speziell auf die uns unfreund-liche Politik des jetzigen Kabinetts, denken was man will, jedenfalls aber gibt dieser Appell des vorurteilslosen Teils der englischen Bourgeoisie an die russische Revolution allen Kämpfern derselben ein wichtiges Agitationsmittel in die Hand.

Der 18. März in Berlin.

Die Erwartungen der Polizei haben sich nicht erfüllt. Der Säbel konnte in der Scheide bleiben und die Revolver waren umsonst umgeschlakt. Am Eingang zum Friedrichhof der Märzgefallenen im Friedrichshain standen eine Anzahl Polizisten unter dem Kommando von zwei Leutnants. Ihre Aufgabe bestand darin, die Kränzscheifen zu lesen und so-bald ihnen der Text etwas ansichtig erschien, dann mußten die Schutleute, die mit Scheren, bewaffnet waren, den an-stößigen Teil des Textes wegschneiden. Auf diese Art sind etwa 40 Kränzscheifen dem polizeilichen Schereneser zum Opfer gefallen. Was man damit erreichen will, ist eigent-lich nicht recht zu verstehen. Die Kränzscheifen sind schon tagelang vorher in den Schaufenstern der Geschäfte, die die Kränze geliefert hatten, öffentlich ausgestellt gewesen, so daß sie von jedermann gelesen werden konnten. Die einzigen, die sie noch nicht gelesen hatten, das waren die Toten und die hätten sie auch nicht lesen können, wenn der polizeiliche Schereneser nicht in Aktion getreten wäre. Einige beson-ders markante Verse seien hier wiedergegeben.

„Es wird das Recht auf Freiheit verkündet,
Die Freiheit führt zur Kultur.
Bei Widerstand droht Vernichtung.
Wir warnen die Reaktion.“
Von den „Vorwärts“-Buchdruckern.
„Der Mensch ist frei, es hat die Natur
Ihn nicht geboren zum Knechte,
Denn gibt dem deutschen Volke zurück
Seine angeborenen Menschenrechte.“
Partei-schule.

Der Kranz des Parteivorstandes trug die Widmung:
„Den Vorkämpfern für die Demokratisierung
Preußens!“

„Ihr habt es nicht zu tun mit Vagabunden,
Mit meuterisch gedankenlosen Horden,
Gesindel, das zusammen sich gefunden,
Nein, mit der Menschheit, die da reif geworden!“
Generalkommission.

Von den abgeschnittenen Versen seien erwähnt:
„Ihr fordert der Freiheit eine Gasse
Und färbet rot mit Eurem Blut die Stadt.
Der Entel hat ein Recht wohl auf die Straße,
Auf der sein Ahne sich verblutet hat.
Man weigert uns das Recht zu demonstrieren,
Doch die Ideen trotz des Verbots marschieren.“
Transportarbeiter.

„Ihr tapfern Kämpfer einer großen Zeit
Wir schwören Euch, wir ruhen nicht,
Bis auch in Preußen herrscht Gerechtigkeit,
Bis auch in Preußen strahlt das Licht!“
„Der Dienst der Freiheit
ist ein schwerer Dienst.
Er trägt nicht Gold,
er trägt nicht Fürstengunst.
Er trägt Verbannung,
Schmach und Tod, und doch ist dieser
Dienst der höchste Dienst.“
Arbeiter der fgl. Gewerksfabrik.

Insgesamt wurden 326 Kränze niedergelegt, darunter 28 von der Demokratischen Vereinigung und 1 einziger von einem fortschrittlichen Bezirksverein.
Die Polizei hatte sich offenbar auf große Taten vorbe-reitet. Denn in der Umgebung des Friedrichshains waren verschiedene fliegende Polizeiwachen eingerichtet, in einem Hofe standen außerdem eine Anzahl berittene Schutleute jederzeit zum Eingreifen bereit. Die Aufregung und die Mühe war aber wieder einmal umsonst und es steht zu hoffen, daß mit der Zeit auch die Polizei einsieht, daß die Berliner Arbeiter-schaft dann demonstriert, wenn sie es für geboten hält, nicht aber dann, wenn die Polizei sich darauf einrichtet.

Aus der Partei.

Drei Monate Gefängnis für eine Schutmannsbelei-digung. Der Schutmann steht zurzeit in Preußen hoch im Kurs. Das mußte am Donnerstag Genosse Schiller von der „Breslauer Volkswacht“ erfahren, der sich wegen Schutmannsbeleidigung vor der Strafkammer zu verant-worten hatte. Die Beleidigung wurde in einem Artikel gefunden, der folgende „schwer beleidigende“ Sätze ent-hält:

„In der Nacht zum Sonntag sahen Passanten der Altschloßstraße — es war gegen 1/2 Uhr — wie eine An-zahl Personen einem Schutmann zuschante, dessen Ge-bahren deutlich seine Arggetrunkenheit verriet. Die Neu-gierigen beschimpfte er mit den lastigsten Schimpf-wörtern, die manchen Polizisten sehr geläufig sind, so: „Zuchthäuser“, „arbeitscheues Pack“, „Bagebänder“ usw. Als einer der Vorübergehenden sich daraufhin die Nummer

des Schutmanns ansehen wollte, erhielt er von diesem Schläge und Pässe. Der Geschlagene ging darauf zu einem anderen Schutmann, um von ihm die Nummer des betrunkenen Ordnungshüters zu erfahren. Köstlich ant-wortete der: Nr. 242. Als das der Betrunkene sah, zog er blank und schlug blindlings um sich.“

Die Beweiserhebung ergab, daß der Schutmann mit dem blanken Säbel um sich gehauen hatte. Der Schut-mann gab ferner selbst zu, daß er die Schimpfwörter „ge-braucht haben kann.“ Er und zehn andere Zeugen, fast ausnahmslos Schutleute, bestritten aber, daß er be-trunken war. Auf diese Art ergab die Beweiserhebung das „einwandfreie Betragen“ des Schutmanns und die böswillige Absicht der Beleidigung. Während der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis beantragte, gingen die drei Richter darüber hinaus und verurteilten unsern Genossen zu drei Monaten Gefängnis. — Es lebe die Gerechtigkeit!

Klassenjustiz. Wegen Beleidigung des leitenden Staats-ministers v. Otto in Braunschweig wurde Genosse H. Wesemeyer am Sonnabend nachmittag von der I. Strafkammer in Braunschweig zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll durch einen Artikel im „Volksfreund“, noch einmal die Bartholomäusnacht be-gangen sein. Die I. Strafkammer unter dem Vorsteher des Landgerichtsdirektors Rossmann ist als besonders scharf in ihren Urteilen bekannt. Die Ausführungen des Vor-sitzenden lassen ohne weiteres erkennen, daß es sich um ein Tendenzurteil handelt. Er erklärte in der Begründung, daß der unter Anklage stehende Artikel gehalten sei, den Minister dem allgemeinen Haß der unteren Volksklasse auszuliefern und den Minister einzuschüchtern. Wer sehe dafür, daß sich nicht einer aus dem Leserkreis des „Volksfreunds“ finde, der durch den Artikel veranlaßt werde, ein Attentat gegen den Minister zu begehen! (Allgemeines Gelächter im Subdren-raume.) Der Minister — ein exreaktionärer Bureaucrat — arbeite von früh bis spät „für das Wohl des ganzen Volkes“, er als Staatsmann müsse gegen Beleidigungen besonders geschützt werden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Ge-fängnis beantragt. Wegen des ungeheuerlichen Urteils wird Revision eingelegt.

Ein Ordenskapitel.

Aus dem „Deutschen Reichsanzeiger“ und „Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ ersehe ich, daß neuerdings ver-liehen worden sind:
Das Ritterkreuz zweiter Klasse des Königlich Sächsischen Albrechtsordens,
Die Königlich Württembergische silberne Verdienstmedaille,
Die Großherzoglich Badische kleine goldene Verdienst-medaille,
Das Kaiserlich-Königliche Österreichische silberne Verdienst-kreuz mit der Krone
dem Mundloch Buchmann;
Die Königlich-Sächsische Friedrich-Augustmedaille in Silber,
Die Verdienstmedaille des Königlich Württembergischen Friedrichsordens,
Die Großherzoglich Badische silberne Verdienstmedaille,
Das Kaiserlich-Königliche Österreichische silberne Verdienst-kreuz mit der Krone
dem Kellereidiener Marks;
Die Königlich Sächsische Albrechtskreuz,
Die Königlich Württembergische silberne Verdienst-medaille,
Die Großherzoglich Badische kleine goldene Verdienst-medaille,
Das Verdienstkreuz des Herzoglich-Sachsen-Ernestinischen Hausordens,
Die Kaiserlich Russische große Medaille
dem Leibjäger Gantzer.

Ähnlich ist es noch mehreren Kollegen der hier ange-führten „zum Geschäftsbereich des Oberhofmarschallants ge-hörigen“ Personen ergangen. In einer einzigen Nummer des „Reichsanzeigers“ werden 96 Ordensauszeichnungen er-wähnt, die von den verschiedensten nichtpreussischen, deutschen und ausländischen Potentaten an Mundlöcher, Kellereidiener, Leibjäger, Küchendiener, Garberobiers, Postkassen verließen worden sind, dergestalt, daß auf einzelne der Dekorierten ein drei-, vier- und fünfacher Segen niedergegangen ist. Man darf das königlich preussische Hofmarschallamt aufrichtig be-glückwünschen zu dem Bestande an Kräften, die einer der-artigen Häufung von Auszeichnungen würdig sind. Minder der trefflichen Beamten in anderen Ressorts muß eine tadel-lose Dienztätigkeit von einem halben Jahrhundert hinter sich bringen, ehe er auch nur einen einzigen beschriebenen Knopf-schmuck erhält, auch im Ressort des Oberhofmarschallants ist mancher in der Lage, sich in viel längeren Jahren eine ganze Sammlung von Ordensauszeichnungen anzulegen. Künstler, Gelehrte, Kommerzienräte, wie überhaupt viele von denen, deren heißestes Sehnen der Besitz eines Ordens ist, er-sehen daraus, wie sehr sie ihren Beruf verehrlich, als sie großmütig darauf verzichten, innerhalb der ersten Berufs-sphäre des Hoflebens Karriere zu machen. So rächt es sich, wenn man höher hinaus will und dann naturgemäß sehr schwer oder gar nicht an das Ziel kommt, die leere Brust mit einem Stern oder Kreuz geziert zu sehen! Im übrigen sieht man auch hier wieder, wie gern die Fürsten bereit sind, her-vorragende Leistungen anzuerkennen. Man sieht aber auch, was für ein Fortschritt der Ausbau des Ordenswesens ge-wesen ist, dessen Kosten von den Steuerzahlern bestritten werden. (In Preußen allein müssen die Steuerzahler für die Generalordenskommission etwa 1/2 Million jährlich auf-bringen.) Früher schenkten die Fürsten den ausgezeichneten Beamten Tosen, Ringe, Infantenadeln, Porzellanvasen, Uhren und andere Kostbarkeiten, die sie selbst bezahlten. Die Orden aber bezahlt das Land. Trotzdem gibt es immer noch Leute, die den Fortschritt des Menschengeschlechts leugnen! Das verleihe, wer kann!
Der Verwoif in der „Berliner Volksztg.“

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik im Niddorfer Krankenhaus. Der Streik ist beendet. Es gelang der Verwaltung leider, die Stellen der Streikenden zu besetzen. In der Krankenhaus-Deputation kam am Freitag die Ungelegenheit zur Sprache. Das rigoro-se Vorgehen des Direktors Mah, besonders in der Ver-lausfrage wurde allseitig gerügt. Es soll in Zukunft den Wünschen des Personals Rechnung getragen werden. Dar-mit ist die Bewegung doch nicht erfolglos gewesen.

Ein Reizfall des Reichsverbandes bei einer Kranken-kassenwahl. Daß die große Ortskrankenkasse für den Ge-werbetreibend der Kaufleute, Apotheker und Fuhrherren in Breslau vor einigen Jahren „unter eine sozialdemokra-tische Leitung“ geriet, war für die „Schlesische Zeitung“ dies-sonders schmerzhaft und hat der allgemeinen Sorge dieses Blattes gegen die „Sozialdemokratischen Kassenverbände“ immer neue Nahrung geliefert. Jetzt hat sich der Reichs-verband der Sache der „unächteren Kassenmitglieder“ ange-nommen und sämtliche bürgerlichen Handlungsgeschäften und Technikervereine, sowie die katholischen und evangelischen

Arbeitervereine zu einer „geschlossenen Bilanz“ gegen den bisherigen Vorstand vereinigt. Am Mittwoch fanden nun die Vertreterwahlen statt, doch endeten sie mit einer schmachvollen Niederlage der Reichsverbände. Es wurden nämlich abgegeben auf die Liste des Handlungsgehilfen und des Transportarbeiterverbandes 1836 Stimmen, während es die übrigen Vereine trotz des angewendeten Druckes mancher Prinzipale nur auf 775 Stimmen brachten. Mit der erhofften reichsverbändlerischen Leitung der Kasse hat es also noch gute Weite.

Spittel in den Gewerkschaften. Rühmlich bekannt sind die Gentlemen, die in der Berliner Partei ihre Spitzeldienste für die Polizei trieben. Eine ähnliche Gilde scheint sich in den Gewerkschaften breit machen zu wollen, nur mit dem Unterschiede, daß sie ihre Dienste nicht der Polizei leihen, sondern Denunziationen ihrer Kollegen beim Unternehmer als Aufgabe ihres Handwerkes betrachten. Die neueste Nummer des „Straßenbahner“ bringt das wohlgeleitete Kontexte des nach Trinkgeldern schmunzelnden Omnibus-Schaffners Ernst Welzien, dem die Nr. 2108 auf der Dienstmitthe prangt.

In die Direktion der Omnibus-Gesellschaft gelangte folgender Spitzelbericht:

„An Herrn Direktor Kaufmann,
Hochwohlgeboren
Wilhelmstraße 9.
Depot III

berichtet hiermit ergeben, daß bei dem am 19. ds. Mts. stattgefundenen Vergnügen des Transportarbeiter-Verbandes, woran der Schaffner Welzien teilgenommen hat, über Agitationen unter den Omnibusangestellten nicht gesprochen ist, auch waren von unseren Angestellten keine zu dem Vergnügen. Die Volksversammlung findet Freitag, den 22. ds. Mts., abends, in der Schloßbrauerei Schöneberg statt; soll der p. Welzien daran teilnehmen?“

Der Herr Direktor schrieb mit Beifall als Antwort: „Ja“

Der Unterzeichner Wagner hat in Berlin eine Anleihe, in der Arbeiter verkehren; er vermittelt anscheinend die Spitzel. Der Direktor kann vielleicht einmal plausibel gemacht werden, daß die polizeiliche Überwachung der Versammlungen durch Privatspitzel nicht ihres Amtes ist, sondern daß sie das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu respektieren hat. Die Angestellten aber mit ihren 90 Mk. Monatsgehalt bei ihrer 14stündigen Arbeitszeit hätten wahrlich besseres zu tun, als sich zu solchen Denunziantenstücken herzugeben.

Das Sterbegeld des Maurerverbandes. Vor einigen Tagen wandten wir uns gegen die „Freisinnige Zeitung“, die aus Anlaß eines Vorfalles aus Königsberg i. Pr. am 11. März 1910 so glühend war, daß arbeiterliche Presse Material gegen die gewerkschaftliche Betätigung des Proletariats darboten zu dürfen. Der Zentralverband der Maurer habe es abgelehnt, Sterbegeld für die Frau eines in Königsberg wohnenden Mitgliedes zu zahlen, weil die Frau vor dem Tode 2 1/2 Jahre lang von ihrem Mann getrennt gelebt hatte. Wir wiesen nach, daß der Maurerverband in dieser Angelegenheit keinen anderen Standpunkt wahrgenommen hat, als den von der preussischen Regierung in verschiedenen Gesetzesvorlagen vertretenen, und daß es im Sinne der heutigen Ordnung schon aus diesem Grunde unvorzählbar ist, in solcher Sache von der „sozialdemokratischen Moral“ zu reden. Nachträglich haben wir über den Vorfall selbst noch einige Mitteilungen erhalten, aus denen sich ergibt, daß die „Freisinnige Zeitung“ auch die Tatsachen wahrheitswidrig dargestellt hat. Falsch ist danach die Mitteilung des freisinnigen Blattes, daß der Maurer L., um den es sich hier handelte, seine Frau verlassen hätte. Die Familie lebte vor ihrer Auflösung in durchaus geordneten Verhältnissen. Nun war die Tochter, weil sie ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hatte, nach Berlin übergesiedelt; sie arbeitete hier als Näherin und hatte einen guten Verdienst. Die Mutter mag wohl sehr an der Tochter geblieben haben, genug, sie verließ plötzlich ihren Mann und zog nach Berlin, um mit der Tochter zusammen zu leben. Angerlich darüber, daß seine Frau ihn verlassen hatte, klagte der Maurer L. sich nicht weiter um sie, auch nicht, als Krankheit bei ihr eintrat. Nachdem L. jedoch die Nachricht von dem Tode der Frau empfangen hatte, sandte er der Tochter nicht 20 Mk., wie die „Freisinnige Zeitung“ meldet, sondern 50 Mk. zur Bestreitung der Begräbniskosten. In dieser Hinsicht war auch der Vorstand des Zentralverbandes in Hamburg falsch unterrichtet, als er in einem von der „Freis. Ztg.“ veröffentlichten Schreiben erklärte, daß L. nichts zu den Begräbniskosten beigetragen habe. Aus dem hier genannten Grunde und auch weil die eheliche Gemeinschaft nicht mehr bestand, glaubte der Vorstand dem Statut entgegenzuhandeln, wenn er dem Maurer L. Geld bewilligte. Erst nachträglich erfuhr der Vorstand, was L. anfangs nicht mitgeteilt hatte, daß nämlich von ihm Aufwendungen für die Beerdigung seiner Frau gemacht worden waren. Nach Lage der Dinge mußte der Fall nunmehr dem Ausschuss des Verbandes unterbreitet werden. Dort handelte die Sache zurzeit noch der Erledigung; doch ist nach der Feststellung des Neuen, wie erwähnt, dem Vorstande nicht bekannt gewordenen Tatbestandes, wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Ausschuss nachträglich das Sterbegeld bewilligen wird. — Auch dieser Fall läßt die große Verlegenheit der berufsmäßigen Sozialistenörter erkennen. Sie können an der Arbeiterbewegung im großen nichts berichten und meinen Wunder was getan zu haben, wenn sie irgend eine Nebenständigkeit in gefälschter Darstellung gegen die Partei oder die Gewerkschaftsbewegung ausnützen.

Weiße Salbe. Welchen Wert die „Sicherheitsmänner“ haben werden und nach der bekannten Geheimkonferenz der Berggewaltigen haben sollen, ist zwar hinlänglich bekannt. Wer aber noch darüber im Zweifel sein könnte, daß die Sicherheitsmänner tatsächlich nur Dekoration sein werden, den wird folgende Meldung der „Bergarbeiterzeitung“ endgültig kurieren.

„In der Nacht vom 24. zum 25. Februar stellte der Wetterkontrollleur im Revier 6 der Beche „Rheinlebe“, Schacht III (Gelsenkirchen) an drei Betriebspunkten Schlagwetter fest und nagelte dieselben, wie es seine Pflicht war, zu. Er beschrieb die Tafeln sowie auch sein Wetterbuch mit dem Bemerker „Feuer“.

Der Hilfskettiger Klüber, der auf seinem Rundgang die geschlossenen Oerter fand, riß dieselben los und beschrieb die Tafel mit „rein“, ließ aber den Namen des Kontrollleures stehen. Dann verlangte er von dem Kontrollleur, daß er in seinem Buch auch „rein“ schreibe, welches dieser aber vernünftigerweise verweigerte. Darauf nahm der Herr das Buch und änderte es eigenhändig.“

Mit Recht fügt die „Bergarbeiterzeitung“ hinzu, daß ein derartiges Eingreifen in die Funktionen der Wettermänner nicht ungestraft hingehehen dürfte, da das leicht ein zweites „Kaddoo“ im Gefolge haben könnte, aber ob es was hilft, ist eine andere Frage.

Ein gelbes Gesicht. Der Umschwung in der Stimmung der in die gelben Vereine gepredigten Arbeiter macht sich in Augsburg immer deutlicher geltend. Am Sonntag sollte im Saalbau Herrle über die Mitglieder des

Wertvereins der Maschinenfabrik Augsburg-Peerschau gehalten werden und zwar in Form einer Generalversammlung genannten Vereins. Nachdem die am 28. Februar im gleichen Saale einberufene, vom Metallarbeiterverband arrangierte Versammlung einen so imponanten Verlauf genommen, legten die gelben Hauptlinge alles daran, um zu zeigen, daß die gelbe Sache noch immer auf der alten Höhe steht. Aber trotz eifrigster Agitation fanden sich zur Generalversammlung kaum 300 Personen ein, Vorstandsmittglieder, Gönner, Beamte und Frauen mit eingerechnet. Die übrigen Mitglieder — die Gesamtzahl beträgt aber 2400 — blieben der Veranstaltung ostentativ fern. In beweglichen Worten klagte der Vorsitzende in den schlecht besetzten Saal hinein von der Undankbarkeit der Mitglieder gegenüber dem allverehrten Generaldirektor und Wohltäter von W u z, der für den Verein so viel getan hätte und nun solche schändlichen Dank ernte. — Die Arbeiter der Maschinenfabrik Augsburg sehen eben sehr ein, daß durch Vettelgrößen ihre Lage nicht gebessert werden kann und Wohltaten keineswegs die horrenden Lohnreduktionen wett machen, die sie sich ohne Widerrede gefallen lassen müssen, da man sie ihrer wichtigsten Waffe, der Organisation beraubt.

Schwarze Listen aus dem Transportgewerbe. Dem Deutschen Transportarbeiterverband sind Briefe in die Hände gefallen, die auf die frivole Kampfweise der Unternehmer wieder mal ein helles Licht werfen. Der Unternehmerverband im Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe verfolgt rachsüchtig ehrliche Arbeiter, die im Kampfe für ihr gutes Recht Schulter an Schulter zusammenstanden und die in diesem Kampfe unterlegen waren. Das eine Schriftstück ist vom Februar 1910 datiert und lautet:

In der Anlage überreichte ich Ihnen eine Liste mit den Namen von 31 Arbeitern, die bei der Firma A. Guttschow, Friedrichstr. 284, infolge sozialdemokratischer Umtriebe in den Streik getreten sind, zur gest. Kenntnisnahme.

Es ist für uns Arbeitgeber die Pflicht der Selbsterhaltung, derartige unzufriedene Elemente in unsern Betrieben nicht aufzunehmen, und stelle ich es Ihrem eigenen Ermessen anheim, von dieser Liste durch Ihr Anstellungsbureau Gebrauch machen zu wollen oder nicht.

(Es folgen die Namen von 31 Arbeitern mit Wohnungsangabe.)

Unterzeichnet ist der Urlassbrief von Dr. G. Volle, dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des Transportarbeiterverbandes. In weiteren Briefen werden Arbeiter der „Trunkenheit und Aufhegereien“ beschuldigt. Diese Beschuldigungen entsprechen durchaus nicht den Tatsachen. Es handelt sich auch hier um Arbeiter, die nur ihre berechtigten Interessen gegenüber einem ammaßenden Unternehmer mit Eifer und Nachdruck wahrgenommen haben. Was die Unternehmer unter „Aufhegereien“ verstehen, ist ja zur Genüge bekannt. Der zweite Brief lautet:

Berlin, den 1. März 1910.

Unser Mitglied, die Firma Max Häusler u. Co., Schwedenstr. 13, teilt uns mit, daß die nachstehenden Arbeiter wegen Trunkenheit und Aufhegereien entlassen worden sind:

(Es folgen die Namen von sechs Kutschern mit voller Wohnungsangabe und Angabe der Geburtstage.)

Sie bittend, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen, zeichne mit vorzüglicher Hochachtung

Stelnbrück,
stellvertretender Geschäftsführer.

Dieser Brief wird noch in ein besonderes Licht gerückt durch einen dritten, der das eigenartige Zugeständnis enthält, daß man auch unschuldige Arbeiter (im Unternehmersinne natürlich) auf eine schwarze Liste setzt. Irreführenderweise! Es kommt den Unternehmern so genau nicht darauf an, ob sie ein paar Existenzen mehr oder weniger ruinieren, und zwar ohne jede Ursache!

Dieser dritte Brief lautet:

Berlin, den 5. März 1910.

Sehr geehrter Herr!

Durch ein Versehen sind Ihnen die beiden Kutschern

(Es folgen die Namen)

irrtümlicherweise mit unter den Kutschern aufgegeben, welche wegen Trunkenheit im Dienst und Aufhegereien von einem unserer Mitglieder entlassen wurden.

Ich bitte Sie ergebend, gütigst Nachsicht nehmen zu wollen und diese beiden Kutschern als nicht aufgegeben zu betrachten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Stelnbrück,
stellvertretender Geschäftsführer.

So müssen sich die Arbeiter gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken mit ihrem Leben und ihrer Existenz gespielt wird! Und kein Staatsanwalt schreitet ein!

Straßenbahnstreik in Italien. In Rom und Mailand streiken die Straßenbahner. In beiden Städten ruht der Tramverkehr vollkommen, aber beide Bewegungen haben einen ganz verschiedenen Anlaß, und soweit es sich voraussagen läßt, werden Verlauf und Dauer beider Streiks recht verschieden ausfallen. In Rom hatten die Tramfahrer den Dienst ruhen lassen, um in einer allgemeinen Versammlung über eine geplante Agitation für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu beraten. In dieser Versammlung einigte man sich dahin, die Verhandlungen mit der Gesellschaft fortzusetzen und erst am gestrigen Sonntag über weitere Schritte und die etwaige Proklamierung des Ausstandes zu entscheiden. Als aber am anderen Tage das Personal die Arbeit wieder aufnehmen wollte, fand es eine Bekanntmachung an den Depots, die alle Mitglieder des Agitationskomitees vom Dienste suspendierte und das Disziplinargericht zum Entscheiden über ihr Verhalten für den nächsten Freitag einberief. Kaum war diese Nachricht bekannt geworden, so weiteten sich die Tramfahrer, die Trams auslaufen zu lassen, und die wenigen, die bereits den Dienst begonnen hatten, kehrten in die Depots zurück. Während am ersten Tage das höhere Personal, die Inspektoren und Kontrollleure, sich zu Streikbrecherdiensten hergegeben hatten, so daß der Verkehr auf drei Linien aufrecht erhalten werden konnte, ist am nächsten Tage kein einziger Wagen ausgefahren. Auch die Omnibusse, die derselben Gesellschaft gehören, haben den Dienst eingestellt. Die Drohkenselkutschern den Anforderungen des Publikums kaum genügen, und das Straßenbild ist durch das vermehrte Geklimmer der Wagen und Fußgänger ganz verändert. Das Gros der Bevölkerung nimmt recht entschieden Partei für die Streikenden und schiebt die Schuld der peinlichen Situation auf das provozierende Verhalten der Tramabnehmer. Ob die Stadtverwaltung Kraft ihres Vertrages mit der Gesellschaft gegen diese wegen Aufgaben des Dienstes vorgehen kann, ist eine strittige Frage, da die Konvention die Gesellschaft bei Fällen von „höherer Gewalt“ nicht verantwortlich macht und gelegentlich der Streik als solche qualifiziert wurde. Die Gesellschaft bezweckt offenbar, durch den Streik einen Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, indem sie sich bereit erklärt, dem Personal unter der Bedingung besserer Löhne zu zahlen, daß die Stadt auf einen Teil ihres Ertragsanteil verzichtet. Natürlich wollen die Kapitalisten bei-

nahe das Zehnfache von der Stadt verlangen von dem, was sie ihrerseits dem Personal zu geben bereit sind. Die sozialistischen und republikanischen Stadtverordneten haben demnach eine Tagesordnung angenommen, die sich energisch gegen jedes Zugeständnis zugunsten der Tramabnehmer ausspricht. Bis jetzt verläuft alles in bester Ordnung; sollte aber die Festschließung es wagen, Streikbrecher zum Dienst heranzuziehen, so kann man auf die allerernstesten Zwischenfälle gefaßt sein. Die Depots sind militärisch bewacht. — Der Mailänder Streik ist dadurch veranlaßt worden, daß ein Wagenführer, der einen Fußgänger überfahren hatte, in Untersuchungshaft genommen wurde, ohne sofort verhöört zu werden. Die Tramabnehmer von Mailand haben schon einmal aus demselben Grunde gestreikt. Da am 15. d. M. die Untersuchungshaft aufgehoben wurde, war die Wiederaufnahme der Arbeit für den 16. beschlossene, doch wollten die Tramabnehmer weiter für die grundsätzliche Abschaffung der Untersuchungshaft bei Tramunfällen agitieren.

Kommunales.

Die Fingarme des Großkapitalismus. Die Industriekönige des Ruhrreviers begnügen sich nicht damit, kleine oder weniger große Privatbetriebe aufzufangen, sondern sie bringen auch junge Gemeinden unter ihre Abhängigkeit. Und sie bleiben nicht stehen bei kleineren Gemeinden in ihrer Nachbarschaft, sondern auch weiter und auf Großstädte dehnen sie ihre Fingarme aus. Vorausgesetzt, daß die Vertretung der letzteren sich dazu bereit findet. Das ist in Barmen leider geschehen. In geheimer Sitzung hat die Barmener Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß am 1. April 1911 die städtischen Gasanstalten außer Betrieb gesetzt werden. Die Gasversorgung der Stadt Barmen übernimmt das Wasserwerk Thyssen u. Co. in Mülheim a. d. Ruhr unter Vorkaufsrecht der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser in Homborn“. Der Vertrag ist auf nicht weniger als 25 Jahre abgeschlossen worden. Während dieser Zeit darf Barmen weder selbst Gas zu Leucht-, Heiz- oder Kraftzwecken erzeugen, noch von anderer Seite beziehen. Die Gasversorgung der hinter Barmen liegenden Orte bis zu einer bestimmten Ausdehnung darf Thyssen nicht selbst übernehmen, sondern muß sie der Stadt Barmen überlassen. Der Plan ist völlig geheim gehalten worden und es war somit der Barmener Einwohnerschaft keine Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit haben die Stadtverordneten aber dem Projekt zugestimmt; nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten dagegen. An abschreckenden Beispielen, Unternehmungen, die der Kommune gehören, Privatgesellschaften zu überlassen, fehlt es im Wuppertale doch wahrhaftig nicht.

Gemeindevahlfrage. In etwa 1500 Einwohner zählenden preussischen Dorfen ist bereits bei Suhl in der 2. und 3. Klasse unsere Genossen gewählt worden, sodaß die aus 9 Mitgliedern bestehende Gemeindevertretung aus fünf Sozialdemokraten und vier Bürgerlichen besteht. — In Ulfhoven bei Langenfelde wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

Soziales.

Der rheinisch-westfälische Eisenmarkt wird in der „Rheinischen Zeitung“ ungünstig beurteilt. Das Blatt schreibt: „Der Markt zeigt in stärkerer Maße einen Zwiespalt zwischen der allgemeinen Lage des Ausfuhrmarktes und des heimischen. Hier ist vor allen Dingen eine gewisse Enttäuschung des Handels eingetreten, der seine Absatzlässe nicht in dem erhofften Maße durch Weiterverkäufe abwickeln kann. Dazu trägt zweifellos die Unsicherheit der Entwicklung im Haugeverbe bei, das ja im allgemeinen gute Ansätze zu verzeichnen hat, in seinem Fortgang aber von der Frage der Tarifverträge abhängt, die sich gegen Ende des Monats noch in der einen oder anderen Weise entscheiden muß.“

Das Frankfurter Kaufmannsgericht für schärfere Überwachung der Schutzbestimmungen im Handelsgewerbe. Das Kaufmannsgericht in Frankfurt a. M. beschloß sich mit einem Antrage der Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, das Polizeipräsidium zu ersuchen, eine schärfere Kontrolle der Schutzbestimmungen für das Handelsgewerbe vorzunehmen zu lassen. Veranlassung zu dem Antrag gaben die Untersuchungsergebnisse einer von Verbänden der Handlungsgehilfen und der Transportarbeiter eingesetzten Kommission für Handelsangestellte. Diese Kommission übte ihre Tätigkeit in acht Kontrollgängen aus, von denen vier Sonntags nach 12 Uhr abends ausgeführt wurden. Bei diesen Kontrollgängen wurden 111 Übertretungen festgestellt, von denen auf Übertretungen der Sonntagsruhe 110 und auf die Übertretung der Mindestruhezeit eine entfielen. Bei 80 Firmen, bei denen 110 Personen arbeiteten, wurden die Übertretungen Sonntags nach 12 Uhr festgestellt, bei 22 Firmen nach Beendigung der an den für den erweiterten Geschäftsbetrieb freigegebenen Sonntagen erlaubten Arbeitszeit. 56 Übertretungen betrafen Engros-Geschäfte und Kontore, für die die Sonntagsarbeit ganz verboten ist. Die Zahl der tätigen Angestellten betrug — soweit sie festgestellt werden konnte — insgesamt 472, wovon 281 Gehilfen, 144 Gehilfinnen und 47 Hausdiener waren. Diese Feststellungen der Schutzkommission wurden bei der Begründung des Antrages hervorgehoben. Den Prinzipalsbeisitzern des Kaufmannsgerichts war der Antrag sehr unangenehm, sie bezweifelten deshalb die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts zur Beratung dieser Frage. Das Gericht erklärte sich aber mit allen Stimmen der Beisitzer gegen die Stimmen der Prinzipale für zuständig. Bei der Beratung des Antrages bekämpften die Prinzipale diesen auf heftigste. Sie behaupteten das Vorhandensein irgend welcher Mängel und behaupteten, die polizeiliche Kontrolle sei geeignet, das gute Verhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten zu zerstören. Unter den Vertretern der Gehilfen herrschte jedoch völlige Übereinstimmung über das Vorhandensein zahlreicher Übertretungen und der Notwendigkeit des Antrages. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Antrages, bei Stimmenthaltung der Prinzipalsbeisitzer.

Büffler gegen die Sozialgesetzgebung. Den Unternehmern, gleichwie ob Industrielle oder Büffler, ist jede Art Sozialgesetzgebung ein Greuel und mit allem Mitteln wird dagegen Sturm gelaufen. Besonders ist es der schäblichste Versuch der bayerischen Regierung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der die Mut der Arbeitgeberturns hervorgerufen hat. So beschäftigte sich am 14. März in Augsburg abgehaltene Versammlung der F u n g s a u s s c h u s s e s des Kreisesschwaaben mit der Frage. Ein Rechtspraktikant Roth referierte im Sinne des Reichsverbandes über die Arbeitslosenversicherung. Der Mann erblüht keine Hauptaufgabe darin, über die freiorganisierte Arbeiterkraft loszusprechen. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit durch Staat oder Gemeinde würde den Sparfuss der Arbeiter töten. Der Arbeiter müßte sich selbst helfen. Die Ausführungen des Redners fanden naturgemäß bei den Büfflern ungeteilten Beifall. Einmütig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der der

Land, jede Art von Arbeitslosenversicherung, sei sie vom Reich, Staat oder Kommune, abzulehnen. Die Stadtverwaltung Augsburg wird gebeten, weder den Ratschlägen der Staatsregierung zu folgen, noch dem Drängen der Gewerkschaften nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde nachzugeben. Weiter behandelte die Versammlung die von der Reichsregierung in Vorlage gebrachte Reichsversicherungsordnung. Auch diese sei strikt abzulehnen, da das Handwerk eine weitere Belastung durch sozialgesetzgeberische Maßnahmen nicht vertragen könne.

Eine prinzipielle Entscheidung für Krankenkassen hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht gefällt. § 41 Abs. II des Kranken-Versicherungsgesetzes bestimmt: Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, über Art und Form der Rechnungsführung Vorschriften zu erlassen. Im Hinblick hierauf glaubte der Regierungspräsident zu Düsseldorf den Krankenkassen seines Bezirks auch vorschreiben zu dürfen, wie sie sich den Empfang der Unterstützungsgelder quittieren lassen sollen. Er schrieb ihnen vor, daß die Empfänger von Unterstützungen in der Reihenfolge, wie sie im Kassenlokal erscheinen, in die vorgeschriebene Liste eingetragen werden und daß sie in den Listen quittieren sollen. Die Ortskrankenkasse für die Fabrikbetriebe in Krefeld hielt das aber für unzumutbar und beschloß einen Statutenantrag, der folgende Bestimmungen vorschloß: Über den Empfang der Unterstützungsgelder ist auf den bei der Anmeldung des Geburtsfalles an das Kassenmitglied zu verarbeitenden und vom Kassenvorstand bestimmten Formularen zu quittieren. — Über den Empfang des Krankengeldes ist von den Kassenmitgliedern oder deren Beauftragten auf den mit der ärztlichen Bescheinigung über die Dauer der Erwerbsunfähigkeit versehenen Formularen zu quittieren. Seitens der Kasse darf eine andere Quittungserteilung von den Kassenmitgliedern nicht gefordert werden. Auch sind diese zur Erteilung einer weiteren Quittung nicht verpflichtet. — Der Bezirksausschuß verlagte diesen Bestimmungen die Genehmigung, weil sie den auf Grund des § 41 Abs. II des Gesetzes ergangenen Anweisungen des Regierungspräsidenten widersprechen und darum gesetzwidrig seien. — In der von der Kasse beantragten mündlichen Verhandlung verblieb der Bezirksausschuß bei seinem Standpunkt. — Die Kasse legte Revision ein, welche R.-A. Dr. Oscar Kohn in eingehenden Rechtsausführungen rechtfertigte. Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts gab seinem Antrag statt, hob die Vorentscheidung auf und sprach die Genehmigung für die zitierten Statutenbestimmungen aus. Gründe: § 41 Abs. II habe unter „Rechnungsführung“ nicht etwa gemeint, daß über die gesamte Art der Kassenverwaltung Anweisungen erteilt werden könnten, wie sie etwa Staatsbehörden ihren Kassen erteilen. Sondern es sei da nur die Führung der Bücher gemeint, die zu dem Zwecke geführt werden sollen, daß sie die richtige Übersicht über die ganze Kassengebarung geben. Daß nachher zur Prüfung dieser Kassenführung Vorläge vorgehen seien müssen, sei natürlich selbstverständlich. Daß aber § 41 meine, daß auch die Art und Form der Vorläge (der Quittungen) vorgeschrieben werden könnten, davon habe sich der Senat nicht überzeugen können. Im Gegenteil! Es könne auf Grund des § 41 Abs. II des Gesetzes nicht verlangt werden. Seine Nachtragsbestimmungen zum Statut müßten darum genehmigt werden, was hiermit unter Aufhebung der Vorentscheidung geschehe.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Kapitel von der Militärmusik. Aus der Praxis einer Regimentskapelle wurden am 17. März in Berlin, wie wir dem „V. Z.“ entnehmen, in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardebataillon erbauliche Geschichten zur Sprache gefördert. Unter Anklage stand der Hoboist Sergeant Bodenstein, während die sämtlichen Mitglieder der Kapelle des Alexanderregiments samt dem Obermusikermeister Neumann als Zeugen zur Stelle waren. Angeblich soll in der Regimentskapelle Günstlingswirtschaft herrschen. Die Musikgeschäfte, auch die privaten, werden von dem Obermusikermeister an die einzelnen Hoboisten vergeben. Der Obermusikermeister erhält hierfür den zehnten Teil der Einnahmen. Spielen die Musiker im Offizierskasino, so erhalten sie kein Geld. Der Angeklagte behauptet, daß andere, jüngere Musiker bei der Vergabe von Musikgeschäften bevorzugt würden. Die Anklage warf dem Sergeanten Bodenstein Achtungsverletzung in zwei Fällen vor. Bei der Vererdigung eines Führers auf dem Militärfriedhof in der Müllerstraße hatte die Kapelle gespielt und während der Predigt vergab der Obermusikermeister ein „Musikgeschäft“. Hierfür war angeblich der Angeklagte schon vorher bestimmt worden, doch wurde jetzt ein anderer, jüngerer Spieler ausermählt, während Bodenstein im Offizierskasino spielen sollte. Der Angeklagte wehrte sich und führte beim Obermusikermeister Beschwerde. Mit den Worten: „Halten Sie das Maul, Sie unverschämter Kerl!“ wurde er vom Obermusikermeister abgewiesen. Am folgenden Tag kam es noch einmal zu einem Refoutré. Obermusikermeister Neumann äußerte dabei zu dem Untergebenen: „Sie unverschämter Kerl, lernen Sie erst einmal spielen!“ Bodenstein erwiderte: „Was die anderen können, kann ich auch!“ In der Verhandlung erwähnte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Ulrich, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß der Obermusikermeister Neumann die Hoboisten fast täglich mit Schimpfwörtern wie „Idiot“, „Lude“, „Lump“ usw. belege. Auch soll er öfter bedauert haben, daß er nicht prügeln dürfe. Die Äußerungen dem Angeklagten gegenüber gab der Zeuge zu. Er ist auch bereits vorbestraft, weil er einen Hoboisten einen Dieben genannt hatte. Ferner wurde in der Verhandlung zur Sprache gebracht, daß Mitglieder der Regimentskapelle im Linden Kasino spielen und so gut wie gar nicht für die Regimentskapelle wirken. Sie verdienen monatlich 150 bis 200 Mk. Aber alle diese Punkte soll in einer neuen Verhandlung volle Klarheit geschaffen werden. Die Sitzung wurde vertagt, weil noch neue Zeugen und Bücher hinzugezogen werden sollen, um

über die Geschäftspraktiken der Regimentskapelle eingehende Ermittlungen anzustellen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde von der Hirschberger Strafkammer der Buchdruckerbesitzer und Zeitungsverleger Beilke aus Warmbrunn zu 8 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er verging sich an einem bei ihm angestellten Mädchen unter vierzehn Jahren.

Adressenschwindel. Als gemeingefährliche Schwindleien, die exemplarische Strafen verdienen, bezeichnete am Donnerstag der Vertreter der Anklage in einer Schöffengerichtsverhandlung zu Hannover die Vergehen des angeblichen Kaufmanns Max Löge. Löge ist pensionierter Beamter, er wohnte bis vor kurzem in Hannover und ist jetzt nach Altona verzogen. Seine jetzige Tätigkeit besteht darin, daß er sich auf Kosten armer, stillosen und arbeitsuchender Personen Gelder zu verschaffen sucht. Er veröffentlicht zu diesem Zweck Inserate, in denen er schriftliche Lebensarbeit durch Adressenschreiben anbietet und für 1000 Adressen 8 Mk. Vergütung verspricht. Er bezeichnete sich darin als „Adressenverlag Löge“. Die Verdienste suchenden armen Leute wandten sich an ihn in der Hoffnung, Auftrag zum Adressenschreiben zu erhalten. Sie wurden dann aufgefordert, 2 Mk. einzuschicken, wofür ihnen Absendung des Adressenmaterials zugesichert wurde, erhielten aber nur eine vollständig wertlose hektographierte Anweisung, in der ihnen der Rat erteilt wurde, aus den Zeitungen in Wirtschaften und Cafés Stellengesuche abzuschreiben. Das Gericht berücksichtigte strafmildernd die bisherige Unbestraftheit des Angeklagten und verurteilte ihn, indem es in Übereinstimmung mit dem Vertreter der Anklage betonte, daß er und für sich derartige Schwindelereien nur mit hohen Gefängnisstrafen gelohnt werden könnten, zu 80 Mk. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

15 Jahre Zuchthaus. Von dem Schwurgericht in Dresden wurde der Raubmörder Max Heinze, der am 9. Oktober vorigen Jahres den 15jährigen Fleischerlehrling Böhm am Schoner Grunde bei Dresden ermordete und seiner Parochast in Höhe von 60 Mk. beraubte, wegen Totschlags, Raubes und Brandstiftung zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wahrheitsprozesse. Die Strafkammer in Halle verhandelte am Sonnabend wegen der Straßendemonstrationen vom 6. und 13. Februar gegen eine Anzahl von Demonstranten wegen Aufbaus und Beamtenebelung. Als Verteidiger fungierte Dr. Liebknecht. Von neun Leuten, die am 13. Februar demonstriert hatten, wurden vier zu je 5 Wochen, zwei zu je 4 Wochen und einer zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Zwei wurden freigesprochen. Die Angeklagten bekennen sich nur zum Teil als Anhänger der Sozialdemokratie, einer, der die „Kollizisten „Blutunde“ genannt hatte, und dafür zu 4 Wochen verurteilt wurde, ist seit 8 Jahren Mitglied des evangelischen Junglingsvereines. Wegen der Demonstrationen vom 6. Februar wurden drei Personen zu 2 bis 4 Wochen verurteilt; über weitere Anklagen wird nächste Woche verhandelt. Im ganzen ist gegen mehr als 80 Personen Anklage erhoben. — In Breslau haben am Sonnabend wieder mehrere Teilnehmer an Straßendemonstrationen vor dem Schöffengericht, die durch Schwenken des Hutes und Hochrufe groben Unfug verübt haben sollten. Die Angeklagten wurden entgegen der Auffassung des höchsten preussischen Gerichts, das in Hochrufen groben Unfug nicht zu erblicken vermag, verurteilt und zwar wurden Geldstrafen von 15 Mk. und in einem Falle eine Woche Haft festgesetzt. Das Gericht stützte sich hierbei auf ein Reichsgerichtsurteil aus dem Jahre 1892, also aus der Zeit unmittelbar nach dem Sozialistengesetz (1), wonach die bloße Teilnahme an sozialdemokratischen Kundgebungen als grober Unfug zu betrachten ist, da durch Kundgebungen sozialdemokratischer Natur die übrige Bevölkerung sich beleidigt und beunruhigt fühlen kann!

Ein Zwanzigjähriger zum Tode verurteilt. Das Leipziger Schwurgericht verhandelte zwei Tage lang gegen den 20jährigen Zimmergesellen Georgi, der am 4. August vorigen Jahres den Freiherrn v. Wöhrmann bestahl und ihn tötete, als er sich entsetzt sah. Die Geschworenen erkannten auf Schuld des Mordes und das Gericht mußte den durch Schankliteratur verdorbenen jungen Menschen nach dem Buchstaben des Gesetzes zum Tode verurteilen. Die Geschworenenamt war ausschließlich von behäbigen Bourgeois gebildet worden.

Miße für den unehren Jährlich. Vor wenigen Wochen beschaffte sich das Kriegsgericht der 1. Division in München mit einem Fall ganz krasser Soldatenehrenden. Angeklagt war der angeblich noch nicht ganz reife Jährlich Ludwig Klügel. Das Gericht verurteilte ihn damals zu fünf Monaten Festungshaft. Wegen das Urteil legte der Jährlich Berufung ein mit dem Erfolg, daß ihm das Oberkriegsgericht die Strafe auf 2 Monate 15 Tage reduzierte!

Aus Nah und Fern.

Grünpaunvergiftung. In einem Dorf des Kösliner Kreises erkrankten nach einer Weibung aus Stolp i. B. bei einem Hochzeitsmahle, an dem ein ganzes Dorf teilnahm, viele Personen an Grünpaunvergiftung.

Ein nach 35 Jahren entdeckter Raubmord. Ein Landwirt in Meimbressen bei Kassel hat seinen eigenen Vater, mit dem er in Feindschaft lebt, bei der Staatsanwaltschaft beklagt, den Holzhauermeister Schüler vor 35 Jahren im Walde ermordet und beraubt zu haben. Die Feststellungen ergaben, daß tatsächlich Schüler vor 35 Jahren bei der Kasseler Regierungshauptkasse eine größere Geldsumme erhalten hatte, um die Löhne für die ihm unterstellten Waldarbeiter auszuzahlen. Nachdem er das Geld von der Kasse ausbezahlt erhalten hatte, ist er spurlos verschwunden. Die Staatsanwaltschaft hat sofort die nötigen Recherchen angestellt und das Ermittlungsverfahren eröffnet.

Ein schlimmer Junge. In Gelsenkirchen geriet ein vierzehnjähriger Schüler auf dem Schulhofe mit einem Spielkameraden in Streit und verletzte ihn durch Messerstiche so schwer, daß er bald darauf starb.

Schweres Geschäft. In Eitling in Niederbayern ein sechsjähriges Bauernmädchen am Herdfeuer verbrannt. Die Mutter ist irr sinnig geworden.

200 Personen getötet. Der Krater Tomah auf Insel Buru in den Molukken ist wieder in Tätigkeit. 2 Eingeborene sind getötet worden, auch werden mehrere Europäer vermisst. Die Plantagen auf der Westseite sind vernichtet.

Verurteilung einer Mörder- und Falschmünzerbande. Acht Italiener sind in New York zu insgesamt 150 Jahren Zuchthaus wegen Falschmünzerei verurteilt worden. Die Bande, die die Herstellung von Papiergeld in einem einärmigen Farmerhof betrieb, wird noch eine Reihe anderer Verbrechen zur Last gelegt. Namentlich soll das Oberhaupt Lupo verschiedene Morden bereitet gewesen sein und auch bei der Ermordung des amerikanischen Detektivs Petrosino in Italien die Hand im Spiele gehabt haben. Gegen Lupo übrigens in Italien in contumacia auf 20 Jahre Gefängnis wegen eines anderen Mordes erfaßt worden, daß er, da seine Strafe in New York 30 Jahre betrug, dauernd unschädlich gemacht ist.

Brandunglück. Ein zehnstöckiges Fabrikgebäude in der Merchersireet in New York geriet infolge einer Explosion in Brand. 800 Mädchen, die sich in dem Gebäude befanden, wurden von der Feuerwehr mit Hilfe von Leitern gerettet, bis auf ein Mädchen, das aus dem dritten Stock auf die Straße sprang und tot liegen blieb.

Sturm in Japan. Während eines außerordentlich starken Sturmes gingen an der Ostküste Japans über fünfzig Fahrzeuge unter. Achtundert Personen sollen hierbei den Tod gefunden haben.

Spielplan der vereinigten Stadttheater vom 22. bis 28. März.

Neues Stadttheater. Dienstag, 22. März: „Der Graf von Luxemburg“. Operette von Franz Lehár. — Mittwoch, 23. März: „Wallensteins Tod“. Dramatisches Gedicht von Schiller. — Donnerstag, 24. März: „Zum 1. Male. Leonardo“. Schauspiel von Björnson. — Freitag, 25. März (Karfreitag): „Geschlossen“. — Sonnabend, 26. März: „Das Nachtlager in Granada“. Romantische Oper von Kreutzer. — Sonntag, 27. März, nachmittags 3 Uhr: „Der fidele Bauer“. Operette von Leo Fall. Abends 7 Uhr: „Lohengrin“. Große Oper von R. Wagner. — Montag, 28. März, nachmittags 3 Uhr: „Alte Heideberg“. Schauspiel von W. Meyer-Förster. Abends 7½ Uhr: „Der Graf von Luxemburg“. Operette von Lehár.

Stadthallen-Theater: Sonntag, 27. März: „Das Konzert“. Lustspiel von Herm. Bahr.

Handels- und Markt Nachrichten.

Wiener Marktpreise vom 19. März.
Bauern-Butter Pfd. 1.85—1.90 Mk. Metereci-Butter Pfd. 1.60 Mk. Hefen — Mk. Enten — Mk. Hühner 2.00—2.80 Mk. Küken Stk. — Mk. Tauben Stk. 0.55—0.65 Mk. Gänse Pfd. — 0.75 Mk. Nischen 2 Mk. Schinken Pfd. 1.00—1.10 Mk. Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg. Wurst Pfd. 1.20—1.40 Mk. Eier 9 Stück 60 Pfg. Deringe genügt, Dorsche genügt. Süßwasserfische genügt. Karstener Pfd. 1.00—1.10 Mk. Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie Pfd. 1.40—1.60 Mk. Prachlen 80 Pfg. Seehe Pfd. 70—80 Pfg. Barfische Pfd. 70—80 Pfg. Kal Pfd. 1.20 Mk. Karastischen Pfd. 80 Pfg. Gemüse genügt. Blumentohl d. Kopf 0.20—0.40 Mk. Kohl 100 Pfd. — Mk. Gurken 100 Pfd. — Mk. Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk. Kiesel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk. Kräutern pr. 100 Pfd. — Mk. Kirichen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Pfd. 45—65 Pfg. Mand Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. März.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Antrieb 3080 Schweine. Der Handel war lebhaft, überhand 0 Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter Nebenbedingender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66.— bis 67.— (53.00 bis 53.50) Mk. Mittelschwere Ware, von 210—230 Pfd., Tara 20 Proz., 65.— bis 66.— (52.00 bis 53.00) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65.00 bis 66.00 (50.50 bis 51.50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65.00 bis 66.00 (50.50 bis 51.50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 57.00 bis 64.00 (43.50 bis 48.50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 61.00 bis 62.00 (49.00 bis 49.50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 56.00 bis 60.00 (43.50 bis 47.00) Mk.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 3 des fünften Jahrgangs, Januar 1910. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Aus dem reichhaltigen Inhalt des Märzheftes heben wir hervor einen Artikel Hugo Hilligs über die Hamburger Ausstellung: Raumkunst im neuzeitlichen Landhaus, und einen solchen Paul Westheims: Sankt Bureaucratius als gewerblicher Auftraggeber. Robert Dreuer schreibt über den „sparenden Staat und den submittierenden Handwerker“. E. Augst bringt die Fortsetzung über die Hilfsmittel der Furniertechnik. Neben den Konstruktionszeichnungen D. Winkelmüllers zu Gartenhäuschen enthält das Heft noch eine Anzahl kleinerer Textbeiträge und Originalentwürfe. — Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 2.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Allen Hausmännern unserer werthen Kundenschaft per Einsegnung von herrl. Gluk- u. Segenswünsch. Johs. Basmann und Frau.

Allen unseren Freunden und Bekannten zur Konfirmation die besten Glückwünsche.
Ludwig Leu und Frau.

Für die uns und unserem Sohne Paul anlässlich seiner Konfirmation freundlich erwiesenen Aufmerksamkeiten, sagen wir, auch in seinem Namen, herzlichen Dank.
A. H. Siercks und Frau.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Maria danken herzlich
F. Ros und Frau.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation sagen herzlichsten Dank.
John. Kull u. Frau nebst Tochter Johanna.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich
Wilh. Jupke und Frau nebst Sohn Herbert.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke unserer Tochter Anna sagen herzlichsten Dank.
N. Olsson und Frau, Borchstraße 21a.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
W. Elksnat u. Frau nebst Tochter Mathilde.

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes Paul danken herzlich.
J. Bäumer und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Grana danken herzlich.
H. Meins u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Johannes danken herzlich.
H. Mesnikoff u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation sagen herzlichsten Dank.
Fr. Groth u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Emil danken herzlich.
Th. Hamarlund u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlich.
Carl Wulff und Frau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich.
W. Krüger u. Frau nebst Sohn.

Für die große Aufmerksamkeit und Anerkennung anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Elsa danken
Chr. Schröder u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm danken herzlich.
Fritz Paap nebst Sohn.

Ein Logis für jungen Herrn zu vermieten
Nackenburger Allee 55a.

Ein freundliches Logis zu vermieten
Margaretenstr. 14. L.